

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 4 Mal  
und ist durch die  
Expediton, Neue Graupenstr. 6/8,  
und durch Postanstalten zu beziehen.  
Preis 12 Pfennige wöchentlich.  
Durch die Post bezogen 12 P. 2.50,  
frei ins Haus 12 P. 2.00,  
wo keine Post am Orte 12 P. 3.34.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren  
betragen für die erste Zeile  
10 Pfennige, für die zweite  
8 Pfennige, für die dritte  
6 Pfennige, für die vierte  
5 Pfennige, für die fünfte  
4 Pfennige, für die sechste  
3 Pfennige, für die siebte  
2 Pfennige, für die achte  
1 Pfennig, für die neunte  
1 Pfennig, für die zehnte  
1 Pfennig, für die elfte  
1 Pfennig, für die zwölfte  
1 Pfennig, für die dreizehnte  
1 Pfennig, für die vierzehnte  
1 Pfennig, für die fünfzehnte  
1 Pfennig, für die sechzehnte  
1 Pfennig, für die siebenzehnte  
1 Pfennig, für die achtzehnte  
1 Pfennig, für die neunzehnte  
1 Pfennig, für die zwanzigste  
1 Pfennig, für die einundzwanzigste  
1 Pfennig, für die zweiundzwanzigste  
1 Pfennig, für die dreiundzwanzigste  
1 Pfennig, für die vierundzwanzigste  
1 Pfennig, für die fünfundzwanzigste  
1 Pfennig, für die sechsundzwanzigste  
1 Pfennig, für die siebenundzwanzigste  
1 Pfennig, für die achtundzwanzigste  
1 Pfennig, für die neunundzwanzigste  
1 Pfennig, für die dreißigste  
1 Pfennig, für die einunddreißigste  
1 Pfennig, für die zweiunddreißigste  
1 Pfennig, für die dreiunddreißigste  
1 Pfennig, für die vierunddreißigste  
1 Pfennig, für die fünfunddreißigste  
1 Pfennig, für die sechsunddreißigste  
1 Pfennig, für die siebenunddreißigste  
1 Pfennig, für die achtunddreißigste  
1 Pfennig, für die neununddreißigste  
1 Pfennig, für die vierzigste  
1 Pfennig, für die einundvierzigste  
1 Pfennig, für die zweiundvierzigste  
1 Pfennig, für die dreiundvierzigste  
1 Pfennig, für die vierundvierzigste  
1 Pfennig, für die fünfundvierzigste  
1 Pfennig, für die sechsundvierzigste  
1 Pfennig, für die siebenundvierzigste  
1 Pfennig, für die achtundvierzigste  
1 Pfennig, für die neunundvierzigste  
1 Pfennig, für die fünfzigste  
1 Pfennig, für die einundfünfzigste  
1 Pfennig, für die zweiundfünfzigste  
1 Pfennig, für die dreiundfünfzigste  
1 Pfennig, für die vierundfünfzigste  
1 Pfennig, für die fünfundfünfzigste  
1 Pfennig, für die sechsundfünfzigste  
1 Pfennig, für die siebenundfünfzigste  
1 Pfennig, für die achtundfünfzigste  
1 Pfennig, für die neunundfünfzigste  
1 Pfennig, für die sechzigste  
1 Pfennig, für die einundsechzigste  
1 Pfennig, für die zweiundsechzigste  
1 Pfennig, für die dreiundsechzigste  
1 Pfennig, für die vierundsechzigste  
1 Pfennig, für die fünfundsechzigste  
1 Pfennig, für die sechsundsechzigste  
1 Pfennig, für die siebenundsechzigste  
1 Pfennig, für die achtundsechzigste  
1 Pfennig, für die neunundsechzigste  
1 Pfennig, für die siebenzigste  
1 Pfennig, für die einundsiebzigste  
1 Pfennig, für die zweiundsiebzigste  
1 Pfennig, für die dreiundsiebzigste  
1 Pfennig, für die vierundsiebzigste  
1 Pfennig, für die fünfundsiebzigste  
1 Pfennig, für die sechsundsiebzigste  
1 Pfennig, für die siebenundsiebzigste  
1 Pfennig, für die achtundsiebzigste  
1 Pfennig, für die neunundsiebzigste  
1 Pfennig, für die achtzigste  
1 Pfennig, für die einundachtzigste  
1 Pfennig, für die zweiundachtzigste  
1 Pfennig, für die dreiundachtzigste  
1 Pfennig, für die vierundachtzigste  
1 Pfennig, für die fünfundachtzigste  
1 Pfennig, für die sechsundachtzigste  
1 Pfennig, für die siebenundachtzigste  
1 Pfennig, für die achtundachtzigste  
1 Pfennig, für die neunundachtzigste  
1 Pfennig, für die neunzigste  
1 Pfennig, für die einundneunzigste  
1 Pfennig, für die zweiundneunzigste  
1 Pfennig, für die dreiundneunzigste  
1 Pfennig, für die vierundneunzigste  
1 Pfennig, für die fünfundneunzigste  
1 Pfennig, für die sechsundneunzigste  
1 Pfennig, für die siebenundneunzigste  
1 Pfennig, für die achtundneunzigste  
1 Pfennig, für die neunundneunzigste  
1 Pfennig, für die hundertste  
1 Pfennig, für die einhundertste  
1 Pfennig, für die zweihundertste  
1 Pfennig, für die dreihundertste  
1 Pfennig, für die vierhundertste  
1 Pfennig, für die fünfhundertste  
1 Pfennig, für die sechshundertste  
1 Pfennig, für die siebenhundertste  
1 Pfennig, für die achthundertste  
1 Pfennig, für die neunhundertste  
1 Pfennig, für die tausendste

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expediton 1206.

Nr. 105.

Mittwoch, den 6. Mai 1908.

19. Jahrgang.

## Kirche und Arbeiter in Preußen.

Als es sich vor genau 100 Jahren in Preußen darum handelte, die Städte für die Zwecke der Selbstverwaltung in kleinere Bezirke zu zerlegen, wurde nach englischem Muster auch die Einteilung nach Kirchspielen vorgeschlagen. Hierauf entgegnete Freiherr von Vinde, Steins Nachfolger als Präsident der Kammer zu Münster und Hamm und nunmehriger Mitarbeiter: „Es gibt in den Städten, zumal in den größeren, Menschen des verschiedensten Glaubens, sehr viele ohne irgend einen Glauben; . . . die Kirche ist daher schon jetzt, wie viel mehr dann, so wie wir später fortschreitend nach etwa 20 Jahren, niemand mehr um die Kirche sich bekümmert, ein unpassendes Fundament ihrer bürgerlichen Zusammenfassung.“ Die Erwartungen des Freiherrn von Vinde sind nicht in Erfüllung gegangen, die Kirche spielt heute in Preußen eine ganz gewaltige Rolle, namentlich auf dem Gebiet der Schule und die Neben des neuen Herrn im Kultusministerium zeigen, daß die Aera Stadt fortgedauert, möglicher Weise noch in verschärfter Form. Einen nicht unerheblichen Teil der Schuld an dieser Machtstellung der Kirche trägt die Masse derer, die innerlich mit der Kirche fertig, es nicht über sich gewinnen können, ihr den Rücken zu kehren. So viel wir auch immer von „Massenaustritten“ aus der Kirche hören — ihre Wirkungen sind bisher verschwindend. Nach der Volkszählung von 1905 gab es im ganzen Staat bei 37.293.324 Einwohnern 23.311.502 Evangelische, 13.352.444 Katholiken, 182.533 andere Christen, 409.501 Juden, Sonstige 7344. Unter „anderen Christen“ sind Mennoniten, Baptisten, Apostolische usw., aber auch Freireligiöse, christliche Dissidenten, andere Dissidenten z. gezählt; unter „Sonstige“ sind vereint alle, die anderen Religionen angehören (z. B. Mohammedaner, Buddhisten) sowie diejenigen, die unbestimmte oder gar keine Angaben über ihr Religionsbekenntnis gemacht haben.

In Prozenten ergibt sich folgendes Bild für den preussischen Staat: Evangelische 62,6 Proz., Katholische 35,8 Proz., andere Christen 6,49, Proz., Juden 1,1 Proz.; „Sonstige“ weniger als 0,02 Proz. Wenn wir also alle „anderen Christen“ und die „Sonstigen“ als aus den offiziellen Kirchengemeinschaften Ausgeschiedene betrachten, so ist das noch nicht einmal ein halbes Prozent der Bevölkerung, ja selbst in Berlin erreicht auch die so bestimmte Zahl nur wenig über 1 Prozent der Einwohnerschaft. Die Kirche hat also auf Grund der Statistik das volle Recht sich darauf zu berufen, daß die Bevölkerung fast einmütig hinter ihr steht!

Und dieses Recht der Kirche ist um so bedeutlicher, als in den kirchlichen Versammlungen — den Kreisynoden, Provinzialynoden und der Generalsynode der evangelischen Landeskirche — fast ausschließlich die orthodoxe Richtung das Wort führt, obgleich das Wahlrecht innerhalb der Kirchenorganisationen gar nicht ganz schlecht ist; freilich schon in die Provinzialynoden gelangen außer den vom König ernannten Mitgliedern die übrigen nur auf Grund einer sehr indirekten Wahl — sie werden durch die Kreisynoden gewählt, die ihrerseits aus den Gemeindevertretungen hervorgehen; aber zu den Gemeindevertretungen ist die Wahl eine direkte, gleiche und geheime — hier sollte jeder Sozialdemokrat, der aus irgend einem Grunde nicht aus der Kirche austreten mag oder kann, wenigstens durch seine Stimmabgabe gegen die herrschenden Kreise in der Kirche Protest erheben; andernfalls trägt er mit die Schuld daran, daß sich die herrschende orthodoxe Clique in der Kirche auch auf ihn berufen kann, wenn sie die wichtigen Forderungen des sozialdemokratischen Parteiprogramms bekämpft: Weltlichkeit der Schule und völlige Trennung des Staates von der Kirche. Es erscheint durchaus angebracht, daß den Parteigenossen immer wieder klar gemacht wird, daß sie entweder aus der offiziellen Kirche austreten, oder wenn sie das nicht können, in ihr bei den Wahlen Protest erheben müssen, wenn sie nicht gegen das Parteiprogramm verstossen wollen. Uebrigens scheinen schon die früheren Hinweise auf diesen Gewissenskonflikt — wir erinnern an den Hinweis des jetzigen Parteisekretärs Müller auf dem preussischen Parteitag vom Dezember 1904 — ihre Wirkung nicht ganz verfehlt zu haben, wie aus der neuesten Statistik über Taufziffern und Trauzugziffern bei der evangelischen Bevölkerung Preußens 1905 und 1906 geschlossen werden kann. Die dort (Statist. Jahrbuch für den preussischen Staat, Berlin 1908, Seite 137) angeführten Zahlen sind nur insoweit zuverlässig und hier zu benutzen, als sie sich auf rein evangelische Ehen beziehen, d. h. Ehen, in denen Mann und Frau evangelisch sind. Von 100 lebendgeborenen Kindern wurden in solchen Ehen verkauft:

	1905	1906
im Staat	97,6	95,6
in Berlin	93,5	89,1

Von 100 neuvermählten, rein evangelischen Paaren ließen sich kirchlich trauen:

	1905	1906
im Staat	92,1	91,1
in Berlin	62,7	59,0

Die Frage, ob er sich durch müßiges Gehenlassen in kirchlichen Dingen an der Reaktion mitschuldig machen will, sollte sich in dieser entscheidungsvollen Zeit jeder Parteigenosse recht dringend vorlegen und in seinem Gewissen zur Entscheidung bringen. Die einfachste Lösung bietet der Austritt aus der offiziellen Kirchengemeinschaft. Daß ein wirt-

licher Massenaustritt auf die herrschenden Kreise wie eine mächtige Demonstration wirken würde, liegt auf der Hand; auch hieraus würde jenen Kreisen klar werden, daß die Zeiten vorüber sind, wo die Arbeiter durch geistige Knebelung zu beherrschen waren.

## Politische Uebersicht.

Ueber die Aussichten der Feuerbestattung in Preußen macht die „Flamme“, das offizielle Organ des Berliner Feuerbestattungsvereins, dessen Vertreter bei den Vorberatungen in den preussischen Ressorts um ihre Erfahrungen und Wünsche zu diesem Entwurfe befragt wurden, die Mitteilung, daß es „sehr wohl möglich sei“, daß über die Form, in der die fakultative Zulassung der Feuerbestattung in Preußen erfolgen soll, in jüngster Zeit die Anschauungen gewechselt haben. Die Regierung könnte, da an der Bereitwilligkeit des preussischen Landtages zu einem Entgegenkommen in der Feuerbestattungsfrage auch nach den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus gezweifelt werden könne, auf die Einbringung einer Gesetzesvorlage verzichten und einfach auf dem Verordnungswege die Materie regeln. Dazu wäre Gelegenheit geboten, wenn das Urteil des Oberverwaltungsgerichts in der Verwaltungsstreitsache wegen des Hagener Krematoriums zu Gunsten der Feuerbestattungsfrage ausfiele. Die Verordnung würde dann einfach dieselben Bestimmungen enthalten, die in dem Gesetzentwurfe bereits vollständig ausgearbeitet vorliegen. Es handelt sich hierbei um folgende Bestimmungen:

1. Der Betrieb eines Krematoriums wird weder einer Privatperson, noch einem privaten Vereine, sondern nur Behörden, Gemeinden, Kirchen usw. gestattet werden.
2. Die Todesursache muß durch das Zeugnis eines Arztes, nötigenfalls durch das eines beamteten Arztes zweifelslos festgestellt sein.
3. Die Ausstattung des Krematoriums im Inneren und Aeußeren und die Form des Betriebes muß der Würde der Sache angemessen sein.
4. Es soll nachgewiesen werden, daß der Verstorbene selbst den Wunsch hegte, feuerbestattet zu werden.
5. Die Asche soll nicht zerstreut werden, sondern in würdiger Form aufbewahrt werden.
6. Eine beerdigte Leiche soll nicht zum Zwecke der Einäscherung wieder ausgegraben werden dürfen.

Die Punkte 1, 3, 4, 5 und 6 sind zwar vollkommen überflüssig, da man das ruhig den beteiligten Privatleuten überlassen kann, sie werden aber das schnelle Umsichgreifen der Feuerbestattung nicht hindern, wenn es gelänge, diese selbst so billig als die Erdbestattung zu vollziehen. Hierauf wird das Augenmerk der sozialdemokratischen Gemeindevertreter gerichtet werden müssen.

## Jack.

Roman von Alphons Daudet,  
Einzig autorisierte Uebersetzung.

Im Grunde genommen, war dieser d'Argenton nur ein Dummkopf und Komödiant; aber man hätte sagen können, daß er in überlegener Weise mit diesem Weibe spielte, und daß er dem einfachen Instrumente wunderbare Wirkungen zu entlocken wußte.

Charlotte saß während der Vorlesung des Gedichts in einer scheinbar gleichgültigen Attitüde auf dem Divan und erdödete bei den in jeder Strophe wiederkehrenden Anspielungen, welche mit durchsichtigen Schleiern, wie geheimnisvolle Nebel, die erlammte zu sein wünschten, umhüllt waren. Rings umher trümmerten sich demütig und schmachvoll die Frauen der Deklassierten, und unter ihnen auch die kleine Frau Moronval, welche im Sitzen wegen der unbeherrschbaren Länge ihrer Ähren und ihres stinnes sehr groß erschien und sich fortwährend die Augen trocknete, um ihre Erregung zu bekunden. Eine Vorstellung, die einer Moronval, geborene Decostere, wenig würdig war, aber das Elend beugt den höchsten Stolz, und Moronval, der seiner Frau gegenüber saß, überwachte sie, suchte die Klage an und gab keinen affenartigen Gesicht tanzend wechselnde Ausdrücke ungewöhnlicher Verwunderung, während er während an seinen Nägeln laute, was immer das Vorzeichen einer Antike war. Vor dieser eingeweihten Gesellschaft entrollte sich bis heute mit verzweifelnder Langsamkeit und Eindringlichkeit die Bewegung eines Rabes, das einen endlosen Anlauf abgab. Und der war vorhanden, was vorhanden. All das mischte sich mit dem Prasseln des Feuers dem Anflutern der Lampen, dem Geräusch des Windes, der über den Ballon jagte und plötzlich, wie in einer gewissen Nacht, während gegen die Scherben brüllte. Aber Charlotte befand sich heute Abend nicht in jener unruhigen Stimmung, in welcher der Geist die Vorzeichen und Vorahnungen willkommen heißt. Sie war nur für ihren Dichter, nur für das Drama da, welches er unter starkem Standieren seiner Verse vortrug. Das Gedicht enthielt in der Tat eine sehr dramatische Stelle. Im letzten Gesange nahm d'Argenton an, daß die leure Entschwundene zu ihrem Geliebten zurückgekommen sei und an den fern von ihm erlittenen Qualen verhebe. Der Dichter drückte ihr die Augen zu und schloß ihr ewige Liebe.

„Ich hab' mit Dir ins Grab gefehlt  
Den besten Teil von meinem Ich,  
Den, der Dich liebt und weint um Dich.  
Und das war rührend, diese Seelengarbe des Mannes,  
der gern vergessen möchte, und dies traurige Los der unglücklichen Kreatur, daß alle beim Zuhören schlucheten, und Charlotte noch lauter als alle; denn schließlich war sie es doch, die darin starb, und so etwas rührt uns weit mehr, wenn es uns selbst, als wenn es andere betrifft.“

bestiedigten Bild über die Versammlung glichen ließ, öffnete sich die Tür des Saales und die Wirtschafterin, eine jener vertrauten Wirtschafterinnen mit flatternden Schleifen, wie man deren bei solchen Frauen trifft, trat mit verwirrter Miene in den Saal und rief ihrer Herrin:

„Gnädige Frau, gnädige Frau . . .“

Man erhob sich.

„Was denn? Was gibt's?“

„Da ist ein Mann . . .“

„Ja, ein Mann von schlechtem und sehr gewöhnlichem Aussehen, der die gnädige Frau zu sprechen verlangt. Ich habe ihm gesagt, daß die gnädige Frau nicht da wäre, daß sie nicht zu sprechen sei. Dann hat er sich auf eine Stufe gesetzt und hat gesagt, daß er warten würde.“

„Ich komme schon“, sagte Charlotte sehr erregt, als ahnte sie, von wem dieser Bote käme.

Aber d'Argenton legte sich schnell ins Mittel:

„Nicht doch! Nicht doch!“

Und dann wendete er sich an Labastredre, den Kräftigsten unter den Gästen:

„Sieh doch einmal nach, wer der Eindringling ist.“

„Ja wohl, ja wohl, heul!“ erwiderte der Sänger und machte seine Schultern im Hin- und Herbewegen breiter.

d'Argenton, auf dessen Lippen noch ein entzweieltgeschittener Halbvers zuckte, stellte sich eiligst wieder vor dem Saal auf, um die unterbrochene Vorlesung wieder aufzunehmen. Aber die Tür öffnete sich von neuem, um Labastredres Kopf und Arm durchzulassen, der den Dichter mit einer Handbewegung herbeirief.

d'Argenton erlitt während ins Vorzimmer.

„Was gibt es denn? Laß sehen.“

„Jack scheint sehr krank zu sein“, erwiderte ihm der Sänger leise.

„Das mag man anderen aufbinden!“

„Der arme Teufel hier versichert es.“

d'Argenton betrachtete den häßlichen, fühllosen, armen Teufel, dessen hohe, unter der Tür gebogene Stuhlleuchte ihm nicht unbekannt schien.

„Sie kommen im Auftrage jenes Herrn?“

„Nein, ich komme nicht in meinem Auftrage“, erwiderte der andere. „Er ist zu krank, als daß man in seinem Auftrage kommen könnte. Seit drei Wochen liegt er sehr, sehr krank da nieder.“

„Was fehlt ihm?“

„Es sieht ihm was in der Lunge und der Arzt sagt, daß er es nur noch acht Tage machen werde. Deshalb hadchten wir, meine Frau und ich, daß man seine Mutter benachrichtigen müsse und da bin ich.“

„Wer sind Sie?“

„Ich bin Veltar, Bel, wie sie mich nannte, die Dame.“

„Sie kennt mich wohl und auch meine Frau.“

„Wohlan, Herr Veltar“, erwiderte der Dichter mit schmerzlicher Miene; „sagen Sie dem, der Sie schickte, daß der Knirz auf aber schon verbraucht ist. Er muß einen anderen erstimmen.“

„Verzeihen Sie“, entgegnete der Hausierer, welcher die „grawiamen Worte“ nicht verstand.

„Über d'Argenton hatte die Tür schon geschlossen und ließ Veltar erkaunt auf dem Treppenaufgang zurück, mit der Wilson eines von Leuten und Lichtern erfüllten, nur halb gesehenen Saales dort hinten, am Ende der Wohnung.“

„Es ist nichts . . . jemand, der sich geirrt hatte“, sagte der Dichter, als er wieder eintrat; und während er seine Vorlesung mahnend fortsetzte, ging der Hausierer mit großen Schritten unter dem schneidenden und graupelnden Nordwind durch die dunklen Straßen von dannen, um eiligst zu Jack, zu dem armen, jetzt auf der schlechten, eisernen Bettstelle der Manfarde darniederliegenden Manfaden, heimzulehren . . .

Das hatte ihn eines Tages, als er von Etolles zurückkam, ergriffen. Er war zu Bett gegangen, ohne etwas zu sagen, und seitdem schüttelte ihn das Fieber, das Fieber und ein heftiger Schnupfen, so stark, daß der Arzt seine Freunde warnte, es würde alles zu befürchten. Veltar hatte Herrn Ribals benachrichtigen wollen, aber Jack hatte sich energisch dagegen geäußert. Er war aus seiner schwebelnden Betlage nur dies eine Mal herausgegangen und dann noch ein zweites Mal, um die Brokausgängerin fortzuführen, um seine Uhr und einen Ring, den er von seiner Mutter hatte, zu verkaufen. Denn das Geld war rar in der Panohauptstraße. Jacks sämtliche Ersparnisse waren beim Anlauf des kleinen Mobilars in Charonne draufgegangen, die Schubfächer klagen leer und auch Veltars Gesundheitszustand sah sich gerade jetzt in Folge der Kosten für Hochzeit und Einrichtung vollständig erschöpft. Gleichwohl! Um diesen unglücklichen Verfallenen zu pflegen, suchten sich der Hausierer und seine Frau zu jedem Opfer bereit. Nachdem sie Matratzen und Möbel aufs Gerathewahl gebracht, hatten sie eine Ladung Strohhalme verpfändet, die sie um jeden Preis zum Frühling insdienen wieder einlösen mußten. Aber auch dies Opfer genügte nicht. Alles ist so teuer, das Holz, die Arzneimittel . . . Wahrhaftig, sie hatten kein Glück mit ihren Kameraden. Der erste war ein kräcker, gefräßiger Trunkensold, der zweite, die Vollkommenheit selbst, wurde durch seine Krankheit eine schwere Last. In der Nachbarschaft riet man ihnen, Jack ins Hospital zu bringen. „Er wird dort besser, als bei Euch aufgehoben sein; er wird Euch nichts mehr kosten.“ Aber sie steiften sich mit einem gewissen Etwas darauf, ihren Freund bei sich zu behalten, gleich als ob sie die Pflichten der Genossenschaft verletzt hätten, wenn sie ihn ihrer anderen Pflege anvertrauten. Jetzt waren sie zu Ende. Und da der Ernst des Uebels mit dieser drohenden Not übereinstimmte, so hatten sie sich entschlossen, Charlotte zu benachrichtigen, die schöne Madame“, wie die Brotausgängerin mit unwilliger Stimme sagte. Sie war's, die ihren Mann abgeschickt hatte.

Vor allen Dingen bringe sie selbst mit, damit man sicher ist, daß sie kommen wird. Seine Mutter wiederzusehen, wird dem Unglücklichen sehr gut tun. Er spricht nie von ihr. Er ist so stolz. Aber ich weiß, daß er es ist, wie Sie denkt.“

(Fortsetzung folgt.)

### Warum wählen die Arbeiter sozialdemokratisch?

Auf diese Frage haben dieser Tage zwei entsetzliche Gegner der Sozialdemokratie Antworten gegeben, mit denen man recht zufrieden sein darf. In der „Post“ schreibt der „Leiter eines der größten Industriebetriebe Deutschlands“:

„Was das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer anbetrifft, so hat die Sozialpolitik seinen einzigen Sozialdemokraten belehrt, wohl aber hat sie die Unzufriedenheit der Arbeiter gesteigert und Hoffnungen, Wünsche und Ansprüche geweckt, die man früher gar nicht kannte. Wenn der Arbeiter sieht, daß das ewige Schreien nach weiteren Zugeständnissen, durch die Sozialdemokratie unterstützt, dazu führt, ihm Geschenke in den Schoß zu werfen, so kann man es ihm nicht übel nehmen, wenn er sozialdemokratisch wählt.“

Hier wird entgegen den Wahllügen, die allemal zu Wahlzeiten austauschen, offen zugegeben, daß die Sozialdemokratie der treibende Faktor der Sozialpolitik ist, und daß ihre Politik dazu führt, dem Arbeiter „Geschenke“, d. h. sozialpolitische Zugeständnisse, „in den Schoß zu werfen“. Die Sozialpolitik wird geradezu als sozialdemokratisch bekämpft.

Eine ähnliche unbeabsichtigte Anerkennung hat der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Dr. Weber der Sozialdemokratie erteilt in einem Vortrag in Berlin, über den die „Nationalzeitung“ berichtet:

Bei der Vorbereitung der bisherigen Modarbeit hatte sich Dr. Weber auch mit den Parteien der Minorität beschäftigt, vornehmlich mit der Sozialdemokratie, deren „die regierende Partei gegen alles, was nicht im Sinne und Interesse der Arbeiterklasse ist“, er energisch verurteilt.

Was Herr Dr. Weber, als Mitglied der nationalliberalen Schwarzarbeiterpartei, „energisch verurteilt“, wird von den Arbeitern ebenso energisch gebilligt werden. Herr Dr. Weber hat nur hinzuzufügen vergessen, daß die Arbeiterklasse im Sinne der Sozialdemokratie, die weitaus überwiegende Mehrheit des ganzen Volkes umfaßt. Immerhin ist er der Wahrheit ziemlich nahe gekommen. Die Sozialdemokratie „negiert“ d. h. verwirft rückwärts alles, was den Interessen der Arbeiterklasse als der großen Mehrheit des Volkes widerspricht.

### Freisinnige Parteiwirren.

Von dem Austritt der drei „Demaagogen“ Barth, Breitscheid und Gerlach hatte die freisinnige Fraktionsgemeinschaft das Ende ihrer Verlegenheiten erhofft. Die Parteitage der freisinnigen Vereinigung für Rheinland-Westfalen und der deutschen Volkspartei für Bayern, die am letzten Sonntag in Essen und in Nürnberg tagten, haben gezeigt, daß die Opposition im freisinnigen Lager keineswegs erloschen ist. Ja, es scheint fast, als ob der Austritt Barths und seiner nächsten Freunde auf manche freisinnigen Elemente als ein aufrüttelndes Ereignis gewirkt hätte. So kann man das in der Geschichte sämtlicher Parteien wohl kaum noch erlebte Schauspiel genieren, daß ordnungsgemäß einberufene Vertretertagungen einer Parteioffiziellen Parteiführung glänzende Misstrauensvoten ausstellen und sich zur Schuldigung für Personen vereinigen, die der Partei eben voll Ekel und Ueberdruß den Rücken gekehrt haben.

Mag auch die Zahl dieser aufrüttelnden Elemente noch so gering sein, so ist doch ihre bloße Anwesenheit innerhalb eines Parteikörpers ein Symptom der Zerlegung, die ihn ergriffen hat. Kann man Parteioffiziellen mit Staatsgebilden vergleichen, so fällt dem Freisinn entschieden die Rolle der Türkei zu. Auch er steht fortgesetzt im Zeichen der „Wandekämpfe“. Auch er ist ein „kranker Mann“, auch ihm steht das Schicksal der Aufteilung unter den „Großmächten“ bevor. Auch der „Paisha“ und das Bakisch sind in seinem Reiche keine unbekannteten Erscheinungen. Bloß dem Scheine nach eine selbständige Macht, hat er längst seine konservativen und nationalliberalen Gouverneure.

### Die Zukunft der süddeutschen freien Jugendorganisation.

Im Gewerkschaftshaus zu Darmstadt hielt am Sonntag eine Delegierten-Versammlung der Jugendorganisation eine außerordentliche Generalversammlung ab, deren Einberufung sich durch die Annahme des Reichsvereinsgesetzes nötig machte. Es sind 49 Delegierte aus 36 Orten von ganz Deutschland anwesend. Der Parteivorstand ist durch den Genossen Müller, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands durch den Genossen Robert Schmidt vertreten.

Zunächst fand eine nichtöffentliche Sitzung statt. Reichstags-Abgeordneter Dr. Franz berichtete in dieser über eine Besprechung, die der Parteivorstand mit den Vertretern der Generalkommission und des Parteivorstandes gestern abhielt. Nach längerer Beratung sei man zu dem Entschlusse gekommen, der Generalversammlung vorzuschlagen, den Verband in seiner jetzigen Form aufzulösen. Dafür seien in allen Orten Deutschlands, wo es irgend möglich ist, von der Partei und den Gewerkschaften Agitationskomitees für die Jugend gegründet werden. Diese hätten die Aufgabe, all das zu erfüllen, was die Jugendorganisation erfüllt hat und zu erfüllen vermag. Dann könnten diese Aufgaben energischer und mit anderen Mitteln durchgeführt werden.

Bis die offiziellen Komitees von der Partei und den Gewerkschaften gegründet würden, wozu wohl im Spätherbst nach dem Parteitag geschähe, sollten in den bestehenden Ortsvereinen des Verbandes von über 18 Jahre alten Genossen Agitationskomitees gebildet werden, die die Agitation unter der Arbeiterjugend zu betreiben hätten. Der Parteivorstand habe bis dahin als Zentralkomitee für die Jugendorganisation zu fungieren. Genosse Robert Schmidt-Darmstadt unterstützte die Ausführungen des Parteisekretärs Müller-Verlin, daß der vorgeschlagene Weg der einzige sei, wenn in Deutschland eine Jugendorganisation bestehen sollte. Die Diskussion zog sich bis Mittag hin. Es sprachen u. a. Delegierte aus Stuttgart, Bremen, Hamburg, Braunschweig, Mannheim und ein Vertreter der freien Jugendorganisation in Berlin. Die Württemberger traten sich zunächst gegen die Auflösung des Verbandes aus, andere Delegierte gaben dem Parteivorstand, daß man durch die Auflösung des Verbandes bei den jugendlichen Arbeitern gewonnenen Boden wieder verliere.

In der öffentlichen Nachmittagsitzung, deren Verhandlungen wir noch nachtragen, wurde folgende Resolution mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

„Die außerordentliche Generalversammlung protestiert mit Entschiedenheit gegen die durch das Reichsvereinsgesetz bedingte Unterwerfung der Arbeiterjugend. Damit die Ziele der Jugendorganisation unter dem neuen Reichsvereinsgesetz erreicht werden, wird beschlossen:

1. Aus über 18 Jahren alten Genossen sind an allen Orten Agitationskomitees für die Jugend zu gründen, die für die Verbindung der „jungen Garde“ zu sorgen und in Verbindung mit den Jugendpartei- und Gewerkschaftsorganisationen die Agitation unter der Arbeiterjugend zu betreiben haben.

2. Die bisher bestehenden Ortsvereine sind, wo es möglich, in unpolitische Bildungvereine umzuwandeln.

3. Die Agitationskomitees für die Jugend haben dafür einzutreten, daß überall die Gewerkschaftsstellvertreterkommissionen gebildet werden.

4. Der bisherige Parteivorstand hat weiterhin für die Verbindung mit den Agitationskomitees und für die Übergabe der „jungen Garde“ zu sorgen. Der bisherige Parteivorstand nimmt den Namen „Zentralkomitee für die Jugendorganisation“ an.

5. Das Zentralkomitee hat das Recht, nach freiem Ermessen die „junge Garde“ und Geldmittel des Verbandes an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands abzuliefern.

Damit sind die Arbeiten der Generalversammlung erledigt. Mit einem Hoch auf die freie moderne Jugendorganisation wurde sie geschlossen.

Die Dresdener Organisation ist der jungen Garde nicht angegliedert, sie gehört zu der von vorherhin unpolitischen Berliner Richtung der freien Jugendorganisation.

### Der Kaiser und Eulenburg.

Die „Berliner Zeitung am Montag“ will aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren haben, der Kaiser habe sich seiner Umgebung gegenüber in sehr deutlichen Ausdrücken dahin ausgesprochen, daß die „Jüdisch dem Fürsten Eulenburg gegenüber keinerlei Rücksicht nehmen dürfe. Aus den Äußerungen des Kaisers soll auch hervorgegangen sein, daß er den Fürsten Eulenburg als des Verbrechens des Meineids schuldig überführt ansehe. Sie glaubt auch zu wissen, daß von Korfu aus die Befehle ergangen sei, den Fürsten Eulenburg nicht anders zu behandeln, wie einen anderen Sterblichen.

Nach dieser Nachricht könnte es beinahe scheinen, als ob es in Deutschland bloß dann Gleichheit aller vor dem Gesetze gäbe, wenn es der Kaiser befehle. Der Kaiser kann aber gesetzlich keine Anweisungen über die Behandlung des Fürsten Eulenburg erlassen und das entscheidende Urteil steht einzig und allein den ordentlichen Gerichten zu.

### Der strafverurteilte Kaplan.

Daß zwischen Liberalen und Zentrumsleuten, die sich sonst wie Wasser und Feuer haßen, ein mindestens ebenso gutes Einverständnis herrscht wie zwischen Liberalen und Konfessionen, sofern es um die Anrechnung der Arbeiter geht, das beweist u. a. folgendes Ergebnis aus dem vorigen Jahre, das wir zu Ruhm und Frommen aller Landtagswähler hier in Erinnerung bringen wollen.

Mitte Juni 1907 erzählte unser Solinger Parteivorstand, die „Berliner Arbeiterstimme“, daß seit etwa Jahresfrist in Wiesdorf im unteren Kreise Solingen ein junger Kaplan namens Esser tätig war, dem das Elend der dortigen, in den vaterländischen Handwerken stehenden Arbeiter zu Herzen ging. Er fing an, in dem sozialistischen Sinne die Scharen zu sammeln. Den Gewinn hatte zunächst das Zentrum; ein katholischer Arbeiterverein entstand, der katholische Volksverein nahm an Mitgliedern zu und die Zentrumspresse erwarb an Abonnenten. Bei der Reichstagswahl ging Esser mit Eifer gegen das liberale Unternehmertum vor, die Arbeiter kamen in Erwägung, wovon auch die Sozialdemokratie profitierte, deren Flugblätter eifrig gelesen wurden. Da wandten sich die Unternehmer an den Kaplan Esser, um Interesse des Friedens“ aus Wiesdorf zu entfernen. Esser wurde auch vernommen. Aber weil die Nachricht die größte Aufregung in der Gemeinde hervorgerufen hatte und der Kaplan mit Willkür beherrscht wurde, so dachte der Kaplan vorläufig noch bleiben. Er setzte seine Agitation fort, die nach seiner eigenen Absicht, sich nur gegen die Sozialdemokratie richtete. Die Folge war eine übermüde Verleumdung der liberalen Herren von den vaterländischen Handwerken beim Erzbischof. Und nun mußte der Kaplan aus Wiesdorf scheiden. Er wurde nach Euskirchen verlegt, wo er seine Gelegenheit hat, dem liberalen Großkapital untroum zu werden.

Man sieht, der Haß zwischen Zentrum und Liberalismus ist nicht so groß, daß sie sich nicht gegen die Arbeiter zu einem Block zusammenschließen könnten!

### Ein neuer Liebesdienst Preussens für die Agrarier gegen die Industrie.

Im Ausländer, welche in industriellen Betrieben beschäftigt sind, ist von der Polizei die Weisung ergangen, ihr Arbeitsverhältnis aufzugeben und in landwirtschaftliche Beschäftigung zu gehen, widrigenfalls Ausweisung erfolgen würde. Unter anderem ist auch dem Vorzüglichen Betriebe in Regel mitgeteilt, er müsse die ausländischen Arbeiter entlassen. Ausländer in industriellen Betrieben könnten nicht gebildet werden.

Das ist ein unverdächtig Eingriff in die mit Österreich und Rußland geschlossenen Handelsverträge. Die nach der Mitteilung des österreichischen Ministers insbesondere Österreich gegebene Zusage, die Legitimationskarten würden keineswegs zum Nachteil der Ausländer angewendet werden, sondern im Gegenteil zur Sicherung der Rechte der Ausländer, ist dadurch gebrochen. Preußen verletzt die elementarsten völkerrechtlichen Pflichten, wenn es in dieser Weise entgegen dem Völkerrecht und entgegen ausdrücklichen Staatsverträgen Arbeiter ohne jeden Grund mit der Ausweisung bedroht. Derartige Ausweisungen sind, wie seiner Zeit Kaiser Wilhelm I. während des französischen Krieges erklärte, selbst während eines Krieges ein Bruch der von allen zivilisierten Völkern anerkannten Grundlage. Dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten kann dies polizeiliche Vorgehen nicht unbekannt sein. Wie wird er den Gewaltakt gegen ausländische Arbeiter und heimische Industrie verteidigen?

### Der Rauschmeißer als Kandidat.

In einer freisinnigen Versammlung, die vor einigen Monaten bei Raagshagen in Berlin abgehalten wurde, erregte es sich, daß der Kandidat Galt das alte Wort sprach, es könne kein Zusammengehen des Freisinnigen mit den Sozialdemokraten geben, denn beide trenne von einander ein „Abgrund der Heberzeugung“. In diesem Augenblicke fiel von einem Tisch in der Mitte des Saales der Wille stützende Tischstempel: „Konfessionsliberale Raagshagen“. Der Tischstempel, der beiseite durch die sozialliberale Schule gegangen war, wollte damit offenbar die ganz bestimmte und durchaus parlamentarische Freisinnigen Bemerkung machen, ein „Abgrund der Heberzeugung“ trenne ja auch angeblich Freisinnige und Konfessionen: trotzdem hatten sie sich im Block gegen die sozialliberale Weisungsvorschiedenen schlossen also faktische Kooperationen nicht aus. Kommt aber was der Ruf gefallen, als sich sofort eine mustaktische Gestalt auf den Tisch stürzte, um zum Entsetzen eines großen Teiles der durchwegs von Freisinnigen beherrschten Versammlung Worte und ihn zum Tische hinanzuführen. Der Eindruck dieser Gewalttätigkeit war im übrigen so lebhaft, daß selbst Herr Köpcke als Vorsitzender den Tischstempel „aufs Tische bedauerte“ und Herr Köpcke das Wort

nehmen des Rauschmeißers Standaß fand. Der Mann, der sich so Standaß aufgeführt und in einer friedlichen Versammlung einen solchen Ausbruch verübt hatte, wurde als ein sichere Herrmann Köpcke festgehalten.

Dieser Herrmann Köpcke ist nun als Kandidat der Freisinnigen im Wahlbezirk 100 in der ersten Berliner Landtags-Wahlbezirk aufgestellt worden. Wahrscheinlich ist diese Wahl beabsichtigt worden durch den von linksfreisinniger Seite vielfach erhobenen Vorwurf, das Auftreten der freisinnigen Fraktionen im preussischen Landtag sei bisher — zu schwach gewesen. Darum hat man einen Kandidaten aufgestellt, der schon betreten hat, daß er auf erhobene Einwände häufig zu antworten und mit den Gegnern aufzutreten versteht. Möglicherweise ist aber die Aufstellung des bemährten freisinnigen Vor- und Hinterkämpfers auch als eine bloßsichtige Lebensweisheit für den liberalen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Herrn Jordan zu betrachten, der sich ja längst einen „starken Mann“ gewünscht hat. Wie Herr Köpcke gewählt, kann das mit der parlamentarischen Stelle der Freisinnigen radikal ein Ende. Möglicherweise werden keine Abgeordneten raten, sich eine solche Freisinnigen Bemerkung zu erlauben, die dem Herrn Köpcke nicht gefällt!

Sozialdemokratische Landtagskandidaten sind für alle Kreise der Provinz Hessen-Nassau aufgestellt worden. Folgende Liste wird bekannt gegeben: Für Marburg Robert Dittmann (Frankfurt), für Hanau Hilary Zein (Sachsen), für Dieckhof Robert Gnaum (Siegen), für den Dillkreis und Oberhessenskreis Kaufmann von Trost (Waipre), für den Unterhessenskreis Waldkreis R. A. Peters (Gießen), für den Unterlahnkreis Otto Darmann (Höchst), für Limburg Albrecht Kautz (Wetzlar), für den Oberlahnkreis-Uffingen A. Pankes (Frankfurt), für den Rheingaukreis Melchior Dittmann (Frankfurt), für Wiesbaden-Land-Oberrhein Wilhelm Dittmann (Frankfurt), für Wiesbaden-Untertannuskreis E. Boatherr (Wiesbaden), für Oberhessenskreis-Frankfurt Land Albert Rudolph (Frankfurt).

In Ultona mußte Genosse Dr. Leo Arons seine Kandidatur aus Gesundheitsrücksichten leber niederlegen, an seine Stelle tritt Genosse Wurm. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Essen stellte als Kandidaten auf: Redakteur Limberg für Essen-Land und Thielhorn-Duisburg für Essen-Stadt. Die Arbeiter werden in einer Resolution aufgefordert, am Wahltag zu treten.

In Düsseldorf stellt die Sozialdemokratie als Landtagskandidaten den Redakteur Peter Verten und den Gewerkschaftssekretär Karl Siegel auf.

In Hanau stellen die Freisinnigen den Landtags-Abgeordneten Goldschmidt-Verlin als Kandidaten auf.

8 Arbeiter von 75 Zentrumsleuten. Der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei, der einen Aufruf an den preussischen Landtagswähler erläßt, besteht aus 75 Personen, und zwar sind darunter 20 Fabrikanten, Kaufleute, Rentner und Handwerksmeister, 17 Juristen (Richter und Anwälte), 12 Landwirte, 9 Geistliche, 9 Beamte, Ärzte, Lehrer usw. und — acht Arbeiter.

Auf 67 Vertreter der bestehenden Klasse acht Arbeiter. Und das in der industriell so hoch entwickelten Rheinprovinz. Die Landarbeiter sind überhaupt nicht vertreten; wahrscheinlich glaubt man deren Interessen bei den zwölf Agrarern für genügend gewahrt. Die Arbeiter spielen eben auch beim Zentrum nur die Rolle des Nebenbrotts.

Der bürgerliche Deutsche Verband für Frauenstimmrecht (Ortsgruppe Berlin) hat beschlossen, bei den Wahlen nur sozialdemokratische Kandidaten und die Kandidaten der Sozialliberalen in Teltow-Verlins, Witt und Dr. Breitscheid, zu unterstützen.

Die Liberalen haben nämlich auch ihre alte Forderung der Gleichberechtigung der Frauen in den Glaschrank gestellt, deshalb die Ablehner der Frauen.

Die Kriegesgefangenschaft der Hereros ist durch Verfassung des Gouverneurs von Deutsch-Südwest mit dem 1. April aufgehoben worden.

Die bisherigen Kriegesgefangenen blieben bis zum 15. April dieses Jahres einschließlich in ihrem bisherigen Dienstverhältnis, um Störungen in den Betrieben zu vermeiden. Falls sie keinen neuen Dienstherren bezeichnen, bleiben sie auch später in ihrem bisherigen Dienstverhältnis! Auf besonderen Wunsch können einzelne auch zu entfertigten Verwandten abgelassen werden. Amtlich wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Hereros jetzt nicht mehr einem bestimmten Arbeitgeber zur Beschäftigung überwiesen werden dürfen, sondern daß es ihrem Willen überlassen bleiben muß, mit wem sie einen Dienstvertrag schließen wollen.

Nötigung gegen den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen. Die Staatskanzlei des Landgerichts I Berlin vernichte den früheren Geheimsekretär an auswärtigen Ante, Oskar Böblau wegen verbotener Nötigung, begangen gegen den Staatssekretär des Auswärtigen, v. Schön, zu einem Monat Gefängnis. Während der Verhandlung und Urteilsberatung wurde ein Interesse der staatlichen Sicherheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen. — Der Fall, daß ein Staatssekretär vor den Nötigungen seines Sekretärs durch Gefängnis geschützt werden muß, dürfte auch noch nicht oft dagewesen sein.

Die über dem Volke stehen! Ueber das Vermögen des Herzogs Heinrich von Württemberg-Schwerin, der vorige Woche entmündigt worden ist, wurde das Konkursverfahren eröffnet. — Die dem Geburtsadel sicher die deutsche Staatsordnung bekanntlich die Herrschaft über das gemeine Volk.

Der Kommissionsbericht über den Geschenkwurf, betr. Abänderung des § 63 des Handelsgesetzbuchs, ist nun endlich erschienen. Die Kommission hat beschlossen, dem § 63 folgende Fassung zu geben:

„Wird der Handlungsgeselle durch unverschuldetes Unglück an der Leistung der Dienste verhindert, so behält er seinen Anspruch auf Gehalt und Unterhalt, jedoch nicht über die Dauer von sechs Wochen hinaus.“

Der Handlungsgeselle ist nicht verpflichtet, sich den Betrag anrechnen zu lassen, der ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer Kranken- oder Unfallversicherung zutrifft.

Eine Vereinbarung, welche diesen Vorschriften zuwiderläuft, ist nichtig.“

Es fragt sich nun, ob der Reichstag selbst die kleine Arbeit noch vor den Ferien verrichten wird.

### Ausland.

Englische Nachwahlen. Schon wieder sind einige Ergänzungswahlen im Gange, deren Resultaten mit großer Spannung entgegengeesehen wird. Man fragt sich, ob die Liberalen wohl weitere Niederlagen erleben werden. Churchill, der insofern in Manchester eine schwere Niederlage erlitten hat, ist bereits wieder in den Wahlkampf eingetreten, um für einen für englische Wähler zu unentscheidlichen Sieg im Parlament zu erobieren. Durch den Austritt des Liberalen Robertson war der schottische Wahlkreis Dundee freigeblieben, um den sich jetzt Churchill bewirbt. In seinem Wahlkreis hat sich der junge Handelsminister zu seinem früheren Programm, er tritt für Freihandel, das Schanzgesetz, die Schulreform usw. ein. Seine Gegner sind hier der konservative George Baxter und der Vertreter der Arbeiterpartei Stuart. Der letztere hat ebenfalls sein Mandat erhalten. Natürlich bekämpft auch er das Schanzgesetz, aber der Freihandel allein genügt nicht, den Fortschritt sozialer Reformen, vor allem sei die Arbeitslosen-Fürsorge geregelt, den schlimmsten sozialen Uebeln zu begegnen. Dem Labour Leader zufolge hat Stuart gute Ansichten. Während von Arbeitnehmern seien dem bisherigen Liberalen Vertreter Robertson zugeflohen, einmal aus alter Gewohnheit, dann aber auch, weil sie sich nicht in ihm sahen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. Mai.

Achtung, Wahlmannskandidaten!

Freitag, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus:

Ausgabe

der Wählerlisten und Instruktionen!

Alle erscheinen!

\* Gewerkschaftsartikel Breslau. Sonntag, den 17. Mai, Nachmittags 5 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Volkstabellevorstellung statt, zu der tüchtige Kräfte gewonnen sind...

\* Achtung, Innenwähler! Die Mitglieder-Versammlung, welche Mittwoch, den 6. Mai stattfinden sollte, fällt aus.

\* Humboldtverein für Volksbildung. Als letzte Vorstellung für Kinderermittlung in dieser Saison wird Montag, den 11. d. Mts. 7 1/2 Uhr, der lustige Schwanz 'Husarenfieber' im Thalia-Theater in Szene gehen.

\* 'Mal was anderes' im Viktoria-Theater. Mit Beginn dieses Monats sind die Spezialitäten von der Bühne verschwinden und an ihrer Stelle hat eine Schauspiel-Gesellschaft, 'Kollektive Caprice', von früher her bekannt, ihr Heim aufgeschlagen.

\* Ringkämpfe in Siebigs Stabliement. Heute Dienstag, den 5. Mai ringen folgende Paare: Omer de Bouillon gegen Anderlen, Paris gegen Terlon Rossal, Heinrich Gbe le gegen Pannier Pitt; außerdem Entschidungskämpfe: Ribbion gegen Raoul de Chabor.

\* Vermißt wird seit dem 1. Mai die 17-jährige Kontoristin Charlotte Wittschel aus Breslau, die am 15. April er. ihre Stellung bei der hiesigen Gewerbetreibenden-Gesellschaft, ohne ihre Eltern davon in Kenntnis zu setzen, Man befürchtet, daß sie sich in ihrer Aufregung über das vergebliche Bemühen, anderweitig ein entsprechendes Placement zu finden, ein Led angehen hat.

\* Verhaftet wurde ein Kürschner, der in einem Restaurationslokal auf der Dammstraße, der dort Schamorkesseln beging und deswegen zur Rede gestellt, sich der Verleumdung und des Hausfriedensbruchs schuldig machte.

\* Markt Diebstahl. Der Frau eines Deckoffiziers wurde auf dem Neumarkt am 24. v. Mts. aus einer Handtasche ein Portemonnaie mit 36 Mark Inhalt gestohlen.

\* Grobe Mißhandlung. Ein Arbeiter von der Pöschstraße hatte in trunkenem Zustande sein sechs Monate altes Kind bei den Beinen genommen und den Kopf nach unten mit ihm herumgeschleudert. Der vielfach vorbestrafte Mann wurde in Haft genommen.

\* Unvorsichtige Sachbeschädigung. Einem Kaufmann auf der Kaiser Wilhelmstraße sind in der Nacht zum 1. d. Mts. in dem Vorgarten Tulpen, Spangantken und Rosenbüschen herausgerissen oder umgedreht worden. Wahrscheinlich liegt ein Nachsteck vor. Auf die Ermittlung des Täters hat der Beschädigte eine Belohnung von 20 Mark angesetzt.

Neueste Nachrichten.

Das zweite Strafverfahren.

Berlin, 5. Mai. Nach einem Montagblatt ist gegen den Fürsten Entenberg ein zweites Strafverfahren wegen Verleitung zum Meineid im vollen Gange. In Starnberg sollen vier belastende eigenhändige Briefe des Fürsten beschlagnahmt worden sein.

Ein neuer Skandalprozess.

Berlin, 5. Mai. (S. L.-B.) In der Schwurgerichtssitzung gegen den Oberförster Lewandowski wurde gelesen der Ausschluß der Öffentlichkeit bis zum Schluß der Sitzung ausreicht erhalten. Eine Reihe von Zeugen beiderlei Geschlechts saßen über allerlei pikante Vorkommnisse in der Wohnung der Frau und das eheliche Leben des Anzeigeklägers und der Ehefrau aus. Dieser Teil der Beweisführung soll den Geschworenen die Beurteilung der Frage ermöglichen, ob der Angeklagte von dem seiner Frau nachgelagerten Treiben ununterrichtet gewesen. Die Verhandlung wurde auf heute Vormittag 9 1/2 Uhr vertagt. Die Öffentlichkeit wird wahrscheinlich einstweilen noch weiter ausgeschlossen. (Siehe Gerichtliches.)

Der Papst drückt sich.

Rom, 5. Mai. (S. L.-B.) 'Correspondenza Romana', das Organ der völkischen Partei, veröffentlicht eine bedeutsame Note zur Polenfrage. Das Blatt vermahnt sich zunächst gegen die tendenziöse Ausdeutung der päpstlichen Ansprache an die Polen und schreibt: Die Tatsache des Ausspruchs, daß die Polen unglücklich seien, heiße noch lange nicht, ein politisches Urteil über die Polenfrage abgeben. Im übrigen wünsche der Papst nicht in die Streitfrage eingzugreifen und habe dies deutlich genug ausgedrückt, als daß man sich erlauben könne, seine Worte tendenziös auszulegen.

Die Frauen in England.

London, 5. Mai. (S. L.-B.) Lord Churchill, der neue Handelsminister, der nach seinem Durchfall in Manchester in Dundee landbieren wird, wird dort durch Frauenrechtlerinnen ständig verfolgt, so daß es ihm unmöglich ist, in Wahlveranstaltungen das Wort zu ergreifen. Die Frauenrechtlerinnen sind mit großen Glocken versehen, die zu läuten be-

der die Vorbe energisch bekämpft. Sicher ist, daß innerhalb der enghischen Arbeiterchaft das Klassenbewußtsein immer stärker wird, daß sie sich immer mehr von den Liberalen abtrennen. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß Churchill auch hier wieder eine Enttäufung erlebt.

Eine weitere Wahl ist in Wolverhampton, wo sich mit ein Liberaler und zwei Radikaler, dagegen ist in Montrose, Burgh, wo auch eine Ergänzungswahl stattfinden hat, zum ersten Male ein Kandidat der Arbeiterpartei, Joseph Burack, aufgestellt. Burack ist Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei; sein Gedanke, Macdonald und andere werden ihn im Wahlkampf unterstützen. So ist jetzt noch fester eine Wahl zu erwarten, wo nicht die Arbeiter mit selbständigen Kandidaten auftreten. Das muß natürlich in erster Linie zur Schwächung der liberalen Partei beitragen, der früher der größte Teil der Arbeiterchaft Seeresolge leistete.

Demonstrationen an einer Wiener Hochschule. In der Tierärztlichen Hochschule zu Wien veranstalteten am Montag die Studenten in den Höfen und Gängen lärmende Demonstrationen gegen die von ihnen seit langem geforderten Verbesserungen in Laboratorien. Da die Tierärztliche Hochschule dem Kriegerministerium untersteht, so trat zur Aufrechterhaltung der Ruhe Militär ein, welches die Studenten, wie sie behaupten, mit aufgeflossenen Bajonetten ausanbertrieb. Es verlautet, daß einige Studenten hierbei verwundet wurden. Eine Deputation von Studenten führte im Abgeordnetenhaus bei einigen Abgeordneten Beschwerde. Mehrere Abgeordnete begaben sich unverzüglich nach dem Kriegsministerium und erhoben gegen diese Behandlung der Studenten Protest.

Reihen der Zeit in Rußland. Die Vorstände der in den Petersburger Arbeitervereinen belegenden Kirchen konstatieren, daß die Zahl der Angehörigen des Arbeiterstandes, die an den diesjährigen Anbachten und Fasten während der Fastenzeit teilnahmen, in Vergleich mit den verfloffenen Jahren bis auf 25 Prozent gesunken ist!

Die politische Lage an der indischen Nordwestgrenze ist durch das Erscheinen von 13- bis 20.000 gut bewaffneten Afghanen in Kabulprovinz sehr bedenklich geworden. Wie ein Londoner Blatt aus Simla meldet, besteht seit dem Angriff auf Landihotal in Wahrheit ein inoffizieller Krieg mit Afghanistan. Der Feind umfaßt auch die Witz, welche die erste Reserve der regulären Armee bildet. Alles Gerücht, daß der Feind über der Oberbefehlshaber der Truppen, Sirde-Mairut-Dahghan, ein Verbot an die Afghanen erlassen hätte, Feindseligkeiten zu unternehmen, ist vollkommen falsch. Kein derartiges Verbot ist ergangen. Es ist bekannt geworden, daß afghanische Beamte verschiedener Grade bei der Organisation des Einfalls in das unter englischer Kontrolle stehende Gebiet hilfreiche Hand geleistet haben.

Eine Streitmacht von 15.000 bis 20.000 Afghanen überschritt Freitag Nacht in zwei Abteilungen die afghanische Grenze. Die größere und zugleich besser bewaffnete marschierte auf das Landihotal, die andere, unter dem Befehl von Sufisabib, nach dem oberen Bazarial. Den Sonnabend über konnte man den Feind deutlich westlich vom Landihotal sehen. Am Sonnabend Nacht unternahm er einen Hauptangriff auf das Hochhaus von Michni-Kandach und machte bis acht Uhr Morgens vergebliche Anstrengungen, es einzunehmen. Dies gelang ihm aber nicht. Die Garnison erlitt nur geringe Verluste. In der veranagerten Nacht demühte sich der Feind ständig, die Karawanen einzunehmen. Das heftige Feuer aus dem Hochhaus verstellte jedoch auch hier seinen Versuch. Jetzt haben sich die Afghanen nach Süden zurückgezogen. Inzwischen haben die Hüpflinge der Jalka-Helbs, die jüngst die Ururken hervorriefen, dem Obersten Koffoppel, dem Offizier der Kavallerie-Regiment, ihre Dienste angeboten. Im Landihotal wird berichtet, daß keine Afribis sich mit Sufisabib vereinigt haben. General Willcocks erreichte mit der dritten Brigade, acht Kanonen und einer Schwadron Kavallerie heute das Landihotal. Auf den Höhen sieht man wenige Feinde. Wenige Schiffe werden abgefeuert. An der Rohmand-Grenze ist alles ruhig.

Arbeiterbewegung.

Der Erweiterungsbau des Berliner Gewerkschaftshauses ist vollendet und wird jetzt von den Gewerkschaften bezogen. Einfach und solide, wie das alte Haus, ist auch der Neubau ausgestattet. Er ist nur zur Aufnahme von Büros bestimmt und bietet für diesen Zweck ebenfalls Raum, wie das alte Gebäude. Die neuen Räume sind bereits vollständig besetzt. teils durch Gewerkschaften, denen es infolge ihres erfreulichen Wachstums im alten Hause zu eng geworden ist, teils durch solche, deren Bureau bisher außerhalb des Gewerkschaftshauses lagen. Durchgehende Korridore in allen Stockwerken verbinden das alte Gebäude mit dem neuen zu einem einheitlichen Ganzen. In die Partieräume des Neubaus ist der Holzarbeiter-Verband aus dem alten Hause überasiedelt. Der Gewerkschafts-Berlin des Buchdrucker-Verbandes, dessen Bureau sich seit längerer Zeit in der Ritterstraße befindet, hat das ganze erste Stockwerk im neuen Teil des Gewerkschaftshauses gemietet und wird es nach einigen Monaten beziehen. In den Räumen der anderen Stockwerke haben sich verschiedene Gewerkschaften niedergelassen. In den Kellerräumen des Neubaus sind zwei gute Kegelbahnen eingerichtet als Ersatz für die Kegelbahnen im alten Hause, die schon seit längerer Zeit zu Sitzungsversammlungen benutzt worden sind. Durch den Erweiterungsbau ist das Gewerkschaftshaus. So weit es sich um die Bureauräume handelt, auf das Doppelte seiner bisherigen Größe ausgedehnt worden und doch reicht das vergrößerte Haus nur eben aus, um den gegenwärtigen Anforderungen der Gewerkschaften zu genügen. Nach einigen Jahren werden voraussichtlich die Gewerkschaften soweit angewachsen sein, daß ihnen auch das neue Heim zu eng wird. So wachsen die Organisationen der Arbeiter zu immer größerer Ausdehnung und Macht empor, ein höheres Volkswort bildend gegen den Anturum des Unternehmertums und eine starke Position zur Wahrung der Arbeiterinteressen.

Aus den Gerichtsfällen.

Ein Betrüger im Krankenhaus.

Der Sandlungsgeldige Georg Mosqua in Breslau ist öfters krank und benutzt den Aufenthalt im Krankenhaus dann zu raffinierten Betrügereien. Am Wenzel-Sanktischen Krankenhaus überredete er einmal zwei Kranke, ihn mit der Abhebung des Krankengeldes zu betrauen. Er erhob das Geld, zusammen 15 Mark, verbrauchte es für 76 und ließ sich im Krankenhaus nicht mehr sehen. Später fand er einmal bei den Wärmehelfern Brütern Aufnahme. Hier überredete er einen Kranken, ihm seine Uhr zu überlassen, um den Namen einzugravieren. Er verpackte die Uhr für vier Mark und verkaufte das Geld ebenfalls wieder für sich. Von einem anderen Kranken ließ er sich die Adresse sagen, anschließend um ihn später einmal zu besuchen. Diese Adresse benutzte er aber alsbald, um von der betreffenden Logiswirtin Kleider und Wäsche des Kranken zu erlangen und sie sofort zu verkaufen. Die Strafkammer hat ihn jetzt zu zwei Jahren Zuchthaus, vier Jahren Ehrverlust und 600 Mark Geldstrafe, eventuell weiteren 40 Tagen Zuchthaus verurteilt.

ginnen, sobald der Minister zu sprechen beginnt. Aus gestern war es ihm unmöglich, sich Gedrte zu verschaffen.

120 Ertrunkene.

Petersburg, 5. Mai. (S. L.-B.) Eine entsetzliche Katastrophe hat sich vorgestern auf dem Eliza ausgezogen. Bei Nap-Hykon wollte eine Menge von 150 Bauern mit ihren Frauen und Kindern aus der Kirche kommend in einem flachen Boot über den Fluss fahren. Infolge Ueberlastung schlug das Boot um, alle Insassen veranken in den Wellen. Gegen 80 Personen konnten gerettet werden.

Mord oder Selbstmord.

Wien, 5. Mai. (S. L.-B.) Gestern Nachmittag ging das Gerücht, die Komtesse Feltz habe sich in den Donaukanal gestürzt und sei ertrunken. Ferner wurde gemeldet, sie sei abgänglich, war aber gesehen worden. Der Graf wurde verhaftet. Er leugnete, wenn nicht sein eigenes Rassenbuch und ein Tagebuch der Komtesse Beweise seiner Schuld anfertigen hätten, wäre er wieder freigelassen worden. Durch das Tagebuch sollen zahlreiche Personen kompromittiert sein.

Frankfurt a. M., 5. Mai. (S. L.-B.) Aus Mittelbranten wird gemeldet: Bei Teintach-Bezirk Bernheim schlug das Automobil des Brauereibesitzers Alois Adler um. Der Buchhalter der Brauerei blieb tot, die Gattin des Brauereibesitzers erlitt einen Armbruch. Adler selbst wurde leichter verletzt. Das Automobil wurde vollständig zerstört.

Karlruhe, 5. Mai. (S. L.-B.) Gestern Abend gingen hier schwere Gewitter nieder. Aus allen Teilen des Landes treffen Nachrichten über die großen Verheerungen ein, die der starke Gewitterregen angerichtet hat.

Budapest, 5. Mai. (S. L.-B.) Im Verleumdungsprozess des früheren Ministers Bolonyi gegen den Redakteur und Abgeordneten Fejgegel wurde letzterer vom Schwurgericht schuldig gesprochen und zu drei Monaten Gefängnis und 600 Kronen Geldstrafe verurteilt.

Wien, 5. Mai. (S. L.-B.) Die Vorlesungen an der hiesigen tierärztlichen Hochschule sind infolge der gestrigen Vorkommnisse bis auf weiteres eingestellt worden.

Lemberg, 5. Mai. (S. L.-B.) Der Polizeikorporal Szabari wurde auf offener Straße von einem Exzeptionisten durch zwei Revolverkugeln getötet.

Lemberg, 5. Mai. (S. L.-B.) Wie aus Kalapane gemeldet wird, ist dort neuerdings heftiger Schussfall eingetreten. Alle Verbindungen sind unterbrochen.

Kronstadt, 5. Mai. (S. L.-B.) Bei den hiesigen Kanalisationsarbeiten kamen infolge Auslösung giftiger Gase fünf Arbeiter den Tod, zwei sind lebensgefährlich erkrankt.

Ugram, 5. Mai. (S. L.-B.) Gestern fand hier eine große Straßendemonstration statt, wobei von einer riesigen Volksmenge Ausschreitungen begangen wurden. Am Hause des Sektionschefs Grafosac wurden die Fenster durch Steinwürfe zerstört. Polizei und Gendarmen gelang es nur mit großer Mühe, die Demonstranten auseinanderzutreiben. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Belgrad, 5. Mai. (S. L.-B.) Die Folge der Wahl-agitation war vorgestern ein blutiger Zusammenstoß in Buzicha. Der frühere Deputierte Tadjewitsch hielt seine Programmrede, wobei sich mehrere Wähler gegen ihn erklärten. Hierdurch entstand eine Schlägerei. Es fielen mehrere Schüsse, wodurch zwei Personen getötet, 20 verwundet wurden.

Mailand, 5. Mai. (S. L.-B.) Die Lage beim Landarbeiterstreik in Parma wird immer bedenklicher. Der Belagerungszustand über die ganze Provinz dürfte heute verhängt werden.

Paris, 5. Mai. (S. L.-B.) Ueber 100 Studenten veranstalteten gestern in einem Variete auf dem Monte martre eine Demonstration gegen das Auftreten der schönen Pieson, der Geliebten des zur Zuchthausstrafe verurteilten Schiffsführers Ulmo. Die Polizei schritt ein und verhaftete einige Studenten. Das Auftreten der Pieson wird verboten werden.

New-York, 5. Mai. (S. L.-B.) Ueber den auf den Strand gelandeten Seiler 'Peter Rickers' schlugen enorme Wellen. Die Mannschaft klebte in das Tauwerk. Alle Bemühungen der Rettungsmannschaft, an das Schiff heranzukommen, waren vergeblich. Es liegt zu entfernt für Raketenfeuer, seine Befahrung befindet sich in großer Gefahr.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr Mittags. A. W., Bergstraße. 1. Das Buch ist im Partei-Sekretariat längst ausgestellt und zur Zustellung an das Mitglied abgegeben worden. Wenden Sie sich an W. Reilich, Altenstraße 40. 2. In Zukunft dürfte die Liste nur an einer Stelle ausgelegt werden; nur dann sind die von Ihnen bezeichneten Unannehmlichkeiten zu vermeiden. 3. Sie müssen die Alimenterlage beim Amtsgericht einreichen.

G. Margaretenstraße. Dresden hat 615.000 Einwohner, Breslau 485.000.

M. B. Ehebruch ist ein Scheidungsgrund. Ihr Mann muß für Sie und das Kind sorgen. Die Briefe dürfen Sie nicht zurückbehalten.

Freiburg. Reinhold Gerling, Berlin-Wilmersdorf, Holsteinsche Straße 5, III.

E. S. in Peiskerwitz. Mitteilungen über Vergnügen z. bringen wir grundsätzlich nicht.

7. Quittung.

Für den Landtags- und Stadtverordneten-Wahlfonds gingen ein:

Table with 2 columns: Description of contributions and Amount in Marks. Includes entries like 'Beitrag quittiert', 'Gesammelt im Gewerkschaftshaus', 'Gesammelt in der Buchdruckerei Schöpf', etc.

Zusammen 1018,75 Mk. Sammellisten sind im Parteisekretariat, Neue Graupenstr. 5, II., zu haben. Rob. Perrmann, Kassierer.

Sekretariat für Bauarbeiter-Schutz.

Bureau: Adlerstraße 3. Telefon 8353.

Parteilosen!

Vergeht den Wahlfonds nicht!

### Warum wählen die Arbeiter sozialdemokratisch?

Auf diese Frage haben dieser Tage zwei entschiedene Gegner der Sozialdemokratie Antworten gegeben, mit denen man recht zufrieden sein darf. In der „Post“ schreibt der „Leiter eines der größten Industriebetriebe Deutschlands“:

Was das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern anbetrifft, so hat die Sozialpolitik keinen einzigen Sozialdemokraten belehrt, wohl aber hat sie die Unzufriedenheit der Arbeiter gesteigert und Hoffnungen, Wünsche und Ansprüche geweckt, die man früher gar nicht kannte. Wenn der Arbeiter sieht, daß das ewige Schreien nach weiteren Verbesserungen, durch die Sozialdemokratie unterstützt, dazu führt, ihm Geschenke in den Schoß zu werfen, so kann man es ihm nicht übel nehmen, wenn er sozialdemokratisch wählt.

Hier wird entgegen den Wahllügen, die allemal zu Wahlsiegeln aufzudecken, offen zugegeben, daß die Sozialdemokratie der treibende Faktor der Sozialpolitik ist, und daß ihre Politik dazu führt, dem Arbeiter „Geschenke“, d. h. sozialpolitische Zugeständnisse, „in den Schoß zu werfen“. Die Sozialpolitik wird geradezu als sozialdemokratisch bekämpft.

Eine ähnliche unbeabsichtigte Anerkennung hat der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Dr. Weber der Sozialdemokratie erteilt in einem Vortrag in Berlin, über den die „Nationalzeitung“ berichtet:

Bei der Besprechung der bisherigen Plodarbeit hatte sich Dr. Weber auch mit den Parteien der Minorität beschäftigt, vornehmlich mit der Sozialdemokratie, deren „ohne negierende Politik gehen alles, was nicht im Sinn und Interesse der Arbeiterklasse ist“, er energisch verurteilt.

Was Herr Dr. Weber, als Mitglied der nationalliberalen Schatzkammerarbeit, „energisch verurteilt“, wird von den Arbeitern ebenso energisch gebilligt werden. Herr Dr. Weber hat nur hinzuweisen vergessen, daß die Arbeiterklasse im Sinne der Sozialdemokratie, die weitans überwiegende Mehrheit des ganzen Volkes umfaßt. Immerhin ist er der Wahrheit ziemlich nahe gekommen. Die Sozialdemokratie „negiert“ d. h. verwirft rücksichtslos alles, was „im Interesse der Arbeiterklasse als der großen Mehrheit des Volkes widerspricht“.

### Freisinnige Parteiwirren.

Von dem Austritt der drei „Demaagogen“ Barth, Breitfeld und Gerlach hatte die freisinnige Fraktionsgemeinschaft das Ende ihrer Verlegenheiten erhofft. Die Parteitage der freisinnigen Vereinigung für Rheinland-Westfalen und der deutschen Volkspartei für Bayern, die am letzten Sonntag in Essen und in Nürnberg tagten, haben gezeigt, daß die Opposition im freisinnigen Lager keineswegs erloschen ist. Ja, es scheint fast, als ob der Austritt Barths und seiner nächsten Freunde auf manche freisinnigen Elemente als ein aufrüttelndes Ereignis gewirkt hätte. So kann man das in der Geschichte sämtlicher Parteien wohl kaum noch erlebte Schauspiel genießen, daß ordnungsgemäß einberufene Vertretertage einer Parteiorganisation ihrer offiziellen Parteiführung glänzende Mißtrauensvoten ausstellen und sich zur Fuldigung für Personen vereinigen, die der Partei eben voll Ekel und Ueberdruß den Rücken gelehrt haben.

Mag auch die Zahl dieser aufrührigen Elemente noch so gering sein, so ist doch ihre bloße Anwesenheit innerhalb eines Parteikörpers ein Symptom der Zerlegung, die ihn ergriffen hat. Kann man Parteiorganisationen mit Staatsgebilden vergleichen, so fällt dem Freisinn entschieden die Rolle der Türkei zu. Auch er steht fortgesetzt im Zeichen der „Bundenkämpfe“. Auch er ist ein „kranker Mann“, auch ihm steht das Schicksal der Aufteilung unter den „Großmächten“ bevor. Auch der „Pacha“ und das Kalifat sind in seinem Reiche keine unbekanntes Erscheinungen. Bloß dem Scheine nach eine selbständige Macht, hat er längst seine konservativen und nationalliberalen Gouverneure.

### Die Zukunft der süddeutschen freien Jugendorganisation.

Im Gewerkschaftshaus zu Darmstadt hielt am Sonntag eine Delegierten-Versammlung der Jugendorganisation eine außerordentliche Generallversammlung ab, deren Einberufung sich durch die Annahme des Reichsvereinsgesetzes nötig machte. Es sind 49 Delegierte aus 36 Orten von ganz Deutschland anwesend. Der Parteivorstand ist durch den Genossen Müller, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands durch den Genossen Robert Schmidt vertreten.

Zunächst fand eine nichtöffentliche Sitzung statt. Reichstags-Abgeordneter Dr. Franz berichtete in dieser über eine Besprechung mit dem Parteivorstand mit den Vertretern der Generalkommission und des Parteivorstandes geführt. Nach längerer Beratung sei man zu dem Entschlusse gekommen, der Generallversammlung vorzuschlagen, den Verband in seiner jetzigen Form aufzulösen. Dafür seien in allen Orten Deutschlands, wo es irgend möglich ist, von der Partei und den Gewerkschaften Agitationskomitees für die Jugend gegründet werden. Diese hätten die Aufgabe, all das zu erfüllen, was die Jugendorganisation erfüllt hat und zu erfüllen vermag. Dann könnten diese Aufgaben energischer und mit reicheren Mitteln durchgeführt werden.

Bis die offiziellen Komitees von der Partei und den Gewerkschaften gegründet werden, was wohl in nächster Zeit nach dem Parteitage geschehe, sollten in den bestehenden Ortsvereinen des Verbandes von über 18 Jahre alten Genossen Agitationskomitees gebildet werden, die die Agitation unter der Arbeiterjugend zu betreiben hätten. Der Parteivorstand habe bis dahin als Zentralkomitee für die Jugendorganisation zu fungieren. Genosse Robert Schmidt, Berlin unterstützte die Ausführungen des Parteisekretärs Müller, Berlin, daß der vorgeschlagene Weg der einzige sei, wenn in Zukunft in Deutschland eine Jugendorganisation bestehen solle. Die Diskussion zog sich bis Mittag hin. Es sprachen u. a. Delegierte aus Elmpten, Bremen, Hamburg, Wismar, Norderney und ein Vertreter der freien Jugendorganisation in Berlin. Die Wismarburger sprachen sich entschieden gegen die Auflösung der Organisation aus, andere Delegierten gaben dem Gedanken Ausdruck, daß man durch die Auflösung des Verbandes den bei den jugendlichen Arbeitern gewonnenen Boden wieder verliere.

In der öffentlichen Nachmittagsitzung, deren Verhandlungen wir noch nachtragen, wurde folgende Resolution mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die außerordentliche Generallversammlung protestiert mit Entschiedenheit gegen die durch das Reichsvereinsgesetz bedingte Einberufung der Arbeiterjugend. Dagegen die Ziele der Jugendorganisation unter dem neuen Reichsvereinsgesetz erreicht werden, wird beschlossen:

1. Aus über 18 Jahren alten Genossen sind an allen Orten Agitationskomitees für die Jugend zu gründen, die für die Verbreitung der „jungen Garde“ zu sorgen und in Verbindung mit den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die Agitation unter der Arbeiterjugend zu betreiben haben.

2. Die bisher bestehenden Ortsvereine sind, wo es möglich, in unpolitische Bildungsvereine umzuwandeln.

3. Die Agitationskomitees für die Jugend haben dafür einzutreten, daß überall die Gewerkschaftsstellvertreterkommissionen bilden.

4. Der bisherige Parteivorstand hat weiterhin für die Verbindung mit den Agitationskomitees und für die Herausgabe der „jungen Garde“ zu sorgen. Der bisherige Parteivorstand nimmt den Namen „Zentralkomitee für die Jugendorganisation“ an.

5. Das Zentralkomitee hat das Recht, nach freiem Ermessen die „junge Garde“ und die Mittel des Verbandes an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands abzuwählen.

Damit sind die Arbeiten der Generalversammlung erledigt. Mit einem Hoch auf die freie moderne Jugendorganisation wurde sie geschlossen.

Die Dresdener Organisation ist der jungen Garde nicht angegliedert, sie gehört zu der von vorherhin unpolitischen Berliner Richtung der freien Jugendorganisation.

### Der Kaiser und Eulenburg.

Die „Berliner Zeitung am Montag“ will aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren haben, der Kaiser habe sich seiner Umgebung gegenüber in sehr deutlichen Ausdrücken dahin ausgesprochen, daß die Kritik dem Fürsten Eulenburg gegenüber keinerlei Rücksicht nehmen dürfe. Aus den Äußerungen des Kaisers soll auch hervorgegangen sein, daß er den Fürsten Eulenburg als des Verbrechens des Meineids schon überführt ansehe. Sie glaubt auch zu wissen, daß von Korfu aus die Befehle ergangen sei, den Fürsten Eulenburg nicht anders zu behandeln, wie einen anderen Sterblichen.

Nach dieser Nachricht könnte es beinahe scheinen, als ob es in Deutschland bloß dann Gleichheit aller vor dem Gesetze gäbe, wenn es der Kaiser befiehlt. Der Kaiser kann aber gesetzlich keine Anweisungen über die Behandlung des Falles Eulenburg erteilen und das entscheidende Urteil steht einzig und allein den ordentlichen Gerichten zu.

### Der strafverzehte Kaplan.

Daß zwischen Liberalen und Zentrumsleuten, die sich sonst wie Wasser und Feuer haßen, ein mindestens ebenso gutes Einverständnis herrscht wie zwischen Liberalen und Konservativen, sofern es um die Knechtung der Arbeiter geht, das beweist u. a. folgendes Ergebnis aus dem vorigen Jahre, das wir zu Nug und Frommen aller Landtagswähler hier in Erinnerung bringen wollen.

Mitte Juni 1907 erzählte unser Solinger Parteiorgan, die „Berliner Arbeiterstimme“, daß seit etwa Jahresfrist in Wiesdorf im unteren Kreise Solingen ein junger Kaplan namens Eber tätig war, dem das Elend der dortigen, in den Pflanzlichen Fortwerken lebenden Arbeiter zu Herzen ging. Er fing an, in dem katholischen Orte die Scharen zu sammeln. Den Gewinn hatte zunächst das Zentrum: ein katholischer Arbeiterverein entstand, der katholische Volkverein nahm an Mitglieder zu und die Zentrumspresse gewann an Abonnenten. Bei der Reichstagswahl ging Eber mit Eifer gegen das liberale Unternehmertum vor, die Arbeiter kamen in Erregung, waren auch die Sozialdemokratie profitierte, deren Flugblätter eifrig gelesen wurden. Da wandte sich die Unternehmung an den Kölner Erzbischof, Kardinal Fischer, mit dem Ersuchen, den Kaplan Eber „im Interesse des Friedens“ aus Wiesdorf zu entfernen. Eber wurde auch vernommen. Aber weil die Nachricht die größte Aufregung in der Gemeinde hervorgerufen hatte und der Erzbischof mit Rücksicht auf die Stimmung, die nach seiner eigenen Ansicht, sich nur gegen die Sozialdemokratie richtete. Die Folge war eine abgemessene Bekräftigung der liberalen Herren vor den Pflanzlichen Fortwerken beim Erzbischof. Und nun mußte der Kaplan aus Wiesdorf scheiden. Er wurde nach Unkranken verlegt, wo er keine Gelegenheit hat, dem liberalen Großkapital unbraun zu werden.

Man sieht, der Haß zwischen Zentrum und Liberalismus ist nicht so groß, daß sie sich nicht gegen die Arbeiter zu einem Block zusammenschließen könnten!

### Ein neuer Liebesdienst Prezens für die Agrarier gegen die Industrie.

An Ausländer, welche in industriellen Betrieben beschäftigt sind, ist von der Polizei die Weisung ergangen, ihr Arbeitsverhältnis aufzugeben und in landwirtschaftliche Beschäftigung zu gehen, widrigenfalls Ausweisung erfolgen würde. Unter anderem ist auch dem Vorigen Betriebe in Regel mitzuteilen, er müsse die ausländischen Arbeiter entlassen. Ausländer in industriellen Betrieben könnten nicht gebildet werden.

Das ist ein unverschämter Eingriff in die mit Oesterreich und Rußland geschlossenen Handelsverträge. Die nach der Mitteilung des österreichischen Ministers insbesondere Oesterreich gegebene Zusage, die Legitimationskarten würden keineswegs zum Nachteil der Ausländer angewendet werden, sondern im Gegenteil zur Sicherung der Rechte der Ausländer, ist dadurch gebrochen. Preußen verletzt die elementarsten völkerrechtlichen Pflichten, wenn es in dieser Weise entgegen dem Völkerrecht und entgegen ausdrücklichen Staatsverträgen Arbeiter ohne jeden Grund mit der Ausweisung bedroht. Derartige Ausweisungen sind, wie seiner Zeit Kaiser Wilhelm I. während des französischen Krieges erklärte, selbst während eines Krieges ein Bruch der von allen zivilisierten Völkern anerkannten Grundzüge. Dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten kann dies polizeiliche Vorgehen nicht unbekannt sein. Wie wird er den Gewaltakt gegen ausländische Arbeiter und heimische Industrie verteidigen?

### Der Hauschmeißer als Kandidat.

In einer freisinnigen Versammlung, die vor einigen Monaten bei Suggenhausen in Berlin abgehalten wurde, ereignete es sich, daß der Postträger Eber das alte Wort sprach, es könne kein Zusammengehen des Freisinn mit den Sozialdemokraten geben, denn beide trenne von einander ein Abgrund der Ueberzeugung. In diesem Augenblicke fiel von einem Tisch in der Mitte des Saales, der Wilhelm stützende Zwickelruf: „Konservativ-liberale Baarung“. Der Zwickelruf, der vielleicht durch die sozialliberale Schule ergangen war, wollte damit offenbar die ganz laienmäßige und durchaus parlamentarische Zwischenbemerkung machen, ein Abgrund der Ueberzeugung trenne ja auch angelegentlich Freisinnige und Konservativere; trotzdem hätten sie sich im Block gepaart, unpolitische Abstrichevergießenden Schichten also faktische Kooperationen nicht aus. Kaum aber war der Ruf gefallen, als sich sofort eine muskulöse Gestalt auf den Zwickelruf stürzte, um zum Entsetzen eines großen Teiles der Anwesenden den Freisinnigen beständigen Verwünschungen und ihm zum Saale hinauszutreiben. Der Einbruch dieser Gewaltthatigkeit war so widerwärtig, daß selbst Herr Köhler als Vorsitzender den Zwickelruf nicht mehr erwidern konnte.

nehmen des Hauschmeißers Kandidats fand. Der Mann, der sich so Kandidat aufstellte und in einer friedlichen Versammlung einen wilden Aufbruch verübte, wurde als ein sicherer Herrmann Schöler festgehalten.

Dieser Herrmann Schöler ist nun als Kandidat der Freisinnigen Volkspartei im ersten Berliner Landtags-Wahlbezirk aufgestellt worden. Wahrscheinlich ist diese Wahl beeinflusst worden durch den von Unfreiwilliger Seite vielfach erhobenen Vorwurf, das Auftreten der freisinnigen Kräfte im preussischen Landtag sei bisher — zu schwach gewesen. Darum hat man einen Kandidaten aufgestellt, der schon bedient hat, daß er auf erhebende Erwähnung kräftig zu antworten und mit den Gegnern anzukämpfen vermag. Wohlweise ist aber die Aufstellung des bewährten freisinnigen Vor- und Kampfmannes auch als eine blässliche Liebesbeweisung für den blässlichen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Herrn Jordan v. Krüger anzusehen, der sich ja längst einen „starken Mann“ gewünscht hat. Wird Herr Schöler gewählt, kann das mit der parlamentarischen Seite der Waisenerufe radikal ein Ende. Wir möchten dem Herrn Abgeordneten raten, sich eine Zwischenbemerkung zu erlauben, die dem Herrn W. Schöler nicht gefällt!

Sozialdemokratische Landtagskandidaten sind für alle Kreise der Provinz Westfalen aufgestellt worden. Folgende Liste wird bekannt gegeben: Für Marburg Robert Dittmann (Frankfurt), für Hanau Hilary Zeit (Hochstadt), für Bielefeld Joseph Gnaomski (Eisen), für den Dillkreis und Oberweserwaldkreis Hermann Voss (Wagner), für den Unterweserwaldkreis H. A. Wetters (Gehlen), für den Unterlahnkreis Otto Hartmann (Wöhl), für Bielefeld Albrecht Kauls (Weslar), für den Oberlahnkreis-Listingen A. Pankes (Frankfurt), für den Rheingaukreis Reichstagsabgeordneter Lehmann, Wiesbaden, Land- und Forst Wilhelm Dittmann (Frankfurt), für Wiesbaden-Unterrheinkreis E. Posther (Wiesbaden), für Oberlahnkreis-Frankfurt Land Albert Rudolph (Frankfurt).

In Altona mußte Genosse Dr. Leo Wronz seine Kandidatur aus Gesundheitsrücksichten leider niederlegen, an seine Stelle tritt Genosse Wronz. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Essen stellte als Kandidaten auf: Redakteur Limberg für Essen-Land und Bielefeld-Duisburg für Essen-Stadt. Die Arbeiter werden in einer Resolution aufgefordert, am Wahltag zu teilern.

In Düsseldorf stellt die Sozialdemokratie als Landtagskandidaten den Redakteur Peter Verten und den Gewerkschaftssekretär Karl Zwickel auf.

In Bonn stellen die Freisinnigen den Landtags-Abgeordneten Goldschmidt-Berlin als Kandidaten auf.

### 8 Arbeiter von 75 Zentrumsleuten.

Der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumsvereine, der einen Aufruf zu den preussischen Landtagswahlen erteilt, besteht aus 75 Personen, und zwar sind darunter 20 Fabrikanten, Kaufleute, Rentner und Handwerksmeister, 17 Juristen (Richter und Anwälte), 12 Landwirte, 9 Geistliche, 9 Beamte, Ärzte, Lehrer usw. und — acht Arbeiter.

Auf 67 Vertreter der betreffenden Klasse acht Arbeiter. Und das in der industriell so hoch entwickelten Rheinprovinz. Die Landarbeiter sind überhaupt nicht vertreten; wahrscheinlich glaubt man deren Interessen bei den zwölf Agrarern für genügend gewahrt. Die Arbeiter spielen eben auch beim Zentrum nur die Rolle des Nebenbrottes.

### Der bürgerliche Deutsche Verband für Frauenstimmrecht.

(Delegierte Berlin) hat beschlossen, bei den Wahlen nur sozialdemokratische Kandidaten und die Kandidaten der Sozialliberalen in Teltow-Beeskow, Witt und Dr. Preitich, zu unterstützen.

Die Liberalen haben nämlich auch ihre alte Forderung der Gleichberechtigung der Frauen in den Glaschraub gestellt, deshalb die Ablehr der Frauen.

### Die Kriegsgefangenschaft der Sereros

ist durch Besetzung des Gouverneurs von Deutsch-Südafrika mit dem 1. April aufgehoben worden.

Die bisherigen Kriegsgefangenen bleiben bis zum 15. April dieses Jahres einschließlich in ihrem bisherigen Dienstverhältnis, um Störungen in den Betrieben zu vermeiden. Falls sie keinen neuen Dienstherrn bezeichnen, bleiben sie auch später in ihrem bisherigen Dienstverhältnis! Auf besonderen Wunsch können einzelne auch zu entfernteren Verwandten abgelassen werden. Umlich wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Sereros jetzt nicht mehr einem bestimmten Arbeitgeber zur Beschäftigung überwiesen werden dürfen, sondern daß es ihrem Willen überlassen bleiben muß, mit wem sie einen Dienstvertrag abschließen wollen.

### Nötigung gegen den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen.

Die Strafkammer des Landgerichts I Berlin verurteilte den früheren Geheimsekretär im Auswärtigen Amte, Oskar Böslan wegen verletzter Nötigung, begangen gegen den Staatssekretär des Auswärtigen, v. Schön, zu einem Monat Gefängnis. Während der Verhandlung und Urteilsbegündung wurde im Interesse der staatlichen Sicherheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen. — Der Fall, daß ein Staatssekretär vor den Nötigungen seines Sekretärs durch Gefängnis geschützt werden muß, dürfte auch noch nicht oft dagewesen sein.

### Die über dem Wolfe stehen!

Ueber das Vermögen des Herrgotts Heinrich von zu Neudorfer-Schwerin, der vorige Woche entmündigt worden ist, wurde das Konkursverfahren eröffnet. — Dielem Geburtsadel sichert die deutsche Staatsordnung bekanntlich die Herrschaft über das gemeine Volk.

### Der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf, betr. Abänderung des § 63 des Handelsgesetzbuchs, ist nun endlich erschienen.

Die Kommission hat beschlossen, dem § 63 folgende Fassung zu geben:

„Wird der Handlungsgehilfe durch unverschuldetes Unglück an der Leistung der Dienste verhindert, so behält er seinen Anspruch auf Gehalt und Unterhalt, jedoch nicht über die Dauer von sechs Wochen hinaus.“

Der Handlungsgehilfe ist nicht verpflichtet, sich den Betrag anrechnen zu lassen, der ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer Kranken- oder Unfallversicherung zukommt.

Eine Vereinbarung, welche diesen Vorschriften zuwiderläuft, ist nichtig.“

Es fragt sich nun, ob der Reichstag selbst die kleine Arbeit noch den Ferien verrichten wird.

## Ausland.

### Englische Nachwahlen.

Schon wieder sind einige Ergänzungswahlen im Gange, deren Resultaten mit großer Spannung entgegenzusehen wird. Man fragt sich, ob die Liberalen wohl weitere Niederlagen erleben werden. Churchill, der jedoch in Manchester eine schwere Niederlage erlitten hat, ist bereits wieder in den Wahlkampf eingetreten, um sich einen für englische Wähler so unentscheidlichen Sitz im Parlament zu erobern. Durch den Rücktritt des Liberalen Robertson war der schottische Wahlkreis Dundee freigeblieben, um den sich jetzt Churchill bewirbt. In seinem Wahlkreis bekann sich der junge Handelsminister zu seinem früheren Programm, er tritt für Freihandel, das Schanzgesetz, die Schulreform usw. ein. Seine Gegner sind hier der konservative George Baxter und der Vertreter der Arbeiterpartei Stuart. Der letztere hat ebenfalls sein Manifest erteilt. Netürlich bekämpft auch er das Schanzgesetz, aber der Freihandel allein genügt nicht, den Fortschritt der Nation zu gewährleisten. Er fordert die Durchführung sozialer Reformen, vor allem: sei die Arbeitslosen-Fürsorge gegen den schimmigen sozialen Uebel zu beugen. Dem Labour Leader zufolge hat Stuart gute Absichten. Zwischen den Arbeiterparteiern seien dem bisherigen liberalen Vertreter Robertson zugeflossen, einmal aus alter Gewohnheit, dann aber auch,

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. Mai.

Achtung, Wahlmannskandidaten!

Freitag, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause:

Ausgabe

der Wählerlisten und Instruktionen!

Alle erscheinen!

\* Gewerkschaftstaktik Breslau. Sonntag, den 17. Mai, Nachmittags 5 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Volksstabsabstimmung statt, zu der wichtige Kräfte gewonnen sind, sodas den Besuchern ein genuehrlicher Nachmittag in Aussicht gestellt werden kann.

\* Achtung, Innensucher! Die Mitglieder-Versammlung, welche Mittwoch, den 6. Mai stattfinden sollte, fällt aus.

\* Humboldtverein für Volksbildung. Als letzte Veranstaltung für Kinderbemittelte in dieser Saison wird Montag, den 11. d. Mts. 7 1/2 Uhr, der lustige Schwan "Husarenlieber" im Thalia-Theater in Szene gehen.

\* "Was was anderes" im Viktoria-Theater. Mit Beginn dieses Monats sind die Spezialitäten von der Bühne verabschiedet und an ihrer Stelle hat eine Schauspieler-Gesellschaft, "Kölles Caprice", von selber her bekannt, ihr Heim aufgeschlagen.

\* Ringkämpfe im Lieblichs-Club. Heute Dienstag, den 5. Mai ringen folgende Paare: Omer de Bouillon gegen Andrien, Parion gegen Terlow.

\* Vermisst wird seit dem 1. Mai die 17-jährige Kontoristin Charlotte Wittschel aus Breslau, die am 15. April er. ihre Stellung bei der hiesigen Gensdarmerei aufgegeben hatte.

\* Verhaftet wurde ein Räuber, der in einem Restaurationslokal auf der Dammstraße, der dort Schauerzeugung beginnt und bekann zur Rede gestellt, sich der Verleumdung und des Hausfriedensbruchs schuldig machte.

\* Markt Diebstahl. Der Frau eines Deckoffiziers wurde auf dem Neumarkt am 24. v. Mts. aus einer Handtasche ein Portemonnaie mit 36 Mark Inhalt gestohlen.

\* Grobe Mißhandlung. Ein Arbeiter von der Pöschstraße hatte in trunkenem Zustande sein sechs Monate altes Kind bei den Beinchen genommen und den Kopf nach unten mit ihm herumgeschleudert.

\* Unbillige Sachbeschädigung. Einem Kaufmann auf der Kaiser Wilhelmstraße sind in der Nacht vom 1. d. Mts. in dem Vorgarten Tulpen, Hyazinthen und Rosenbüschen herausgerissen oder umgeworfen worden.

\* Verhaftet wurde ein Räuber, der in einem Restaurationslokal auf der Dammstraße, der dort Schauerzeugung beginnt und bekann zur Rede gestellt, sich der Verleumdung und des Hausfriedensbruchs schuldig machte.

\* Markt Diebstahl. Der Frau eines Deckoffiziers wurde auf dem Neumarkt am 24. v. Mts. aus einer Handtasche ein Portemonnaie mit 36 Mark Inhalt gestohlen.

\* Grobe Mißhandlung. Ein Arbeiter von der Pöschstraße hatte in trunkenem Zustande sein sechs Monate altes Kind bei den Beinchen genommen und den Kopf nach unten mit ihm herumgeschleudert.

\* Unbillige Sachbeschädigung. Einem Kaufmann auf der Kaiser Wilhelmstraße sind in der Nacht vom 1. d. Mts. in dem Vorgarten Tulpen, Hyazinthen und Rosenbüschen herausgerissen oder umgeworfen worden.

\* Verhaftet wurde ein Räuber, der in einem Restaurationslokal auf der Dammstraße, der dort Schauerzeugung beginnt und bekann zur Rede gestellt, sich der Verleumdung und des Hausfriedensbruchs schuldig machte.

\* Markt Diebstahl. Der Frau eines Deckoffiziers wurde auf dem Neumarkt am 24. v. Mts. aus einer Handtasche ein Portemonnaie mit 36 Mark Inhalt gestohlen.

\* Grobe Mißhandlung. Ein Arbeiter von der Pöschstraße hatte in trunkenem Zustande sein sechs Monate altes Kind bei den Beinchen genommen und den Kopf nach unten mit ihm herumgeschleudert.

\* Unbillige Sachbeschädigung. Einem Kaufmann auf der Kaiser Wilhelmstraße sind in der Nacht vom 1. d. Mts. in dem Vorgarten Tulpen, Hyazinthen und Rosenbüschen herausgerissen oder umgeworfen worden.

\* Verhaftet wurde ein Räuber, der in einem Restaurationslokal auf der Dammstraße, der dort Schauerzeugung beginnt und bekann zur Rede gestellt, sich der Verleumdung und des Hausfriedensbruchs schuldig machte.

\* Markt Diebstahl. Der Frau eines Deckoffiziers wurde auf dem Neumarkt am 24. v. Mts. aus einer Handtasche ein Portemonnaie mit 36 Mark Inhalt gestohlen.

\* Grobe Mißhandlung. Ein Arbeiter von der Pöschstraße hatte in trunkenem Zustande sein sechs Monate altes Kind bei den Beinchen genommen und den Kopf nach unten mit ihm herumgeschleudert.

\* Unbillige Sachbeschädigung. Einem Kaufmann auf der Kaiser Wilhelmstraße sind in der Nacht vom 1. d. Mts. in dem Vorgarten Tulpen, Hyazinthen und Rosenbüschen herausgerissen oder umgeworfen worden.

\* Verhaftet wurde ein Räuber, der in einem Restaurationslokal auf der Dammstraße, der dort Schauerzeugung beginnt und bekann zur Rede gestellt, sich der Verleumdung und des Hausfriedensbruchs schuldig machte.

\* Markt Diebstahl. Der Frau eines Deckoffiziers wurde auf dem Neumarkt am 24. v. Mts. aus einer Handtasche ein Portemonnaie mit 36 Mark Inhalt gestohlen.

ber die Vorbe energisch bekämpft. Sicher ist, daß innerhalb der engheren Arbeiterklasse das Klassenbewußtsein immer stärker wird, daß sie sich immer mehr von den Liberalen abtrennen. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß Churchill auch hier wieder eine Enttäuschung erlebt.

Eine weitere Wahl ist in Wolverhampton, wo sich nur ein Liberaler und Lord Beauchamp, dagegen ist in Montrose-Burg, wo auch eine Ergänzungswahl stattfinden hat, zum ersten Male ein Kandidat der Arbeiterpartei, Joseph Burack, aufgestellt.

Demonstrationen an einer Wiener Hochschule. In der Tierärztlichen Hochschule zu Wien veranstalteten am Montag die Studenten in den Höfen und Gängen lärmende Demonstrationen gegen die von ihnen seit langem gehaltenen Uebelstände im Laboratorium.

Reichen der Zeit in Rußland. Die Vorstände der in den Petersburger Arbeitervierteln betrogenen Kirchen konstataren, daß die Zahl der Angehörigen des Arbeiterstandes, die an den diesjährigen Wahlen und Fasten während der Fastenzeit teilnahmen, in Vergleich mit den verfloßenen Jahren bis auf 25 Prozent gesunken ist!

Die politische Lage an der indischen Nordwestgrenze ist durch das Erscheinen von 13 bis 20.000 gut bewaffneten Afghanen im Kaitbarpasse sehr bedenklich geworden. Wie ein Londoner Blatt aus Simla meldet, besteht seit dem Angriff auf Landihotal in Wahrheit ein offizieller Krieg mit Afghanistan.

Eine Streitmacht von 15.000 bis 20.000 Afghanen überschritt Freitag Nacht in zwei Abteilungen die afghanische Grenze. Die größere und zugleich besser bewaffnete Marschiertruppe auf das Landihotal, die andere, unter dem Befehl von Sufiatab, nach dem oberen Bazaral. Den Sonnabend über konnte man den Feind deutlich westlich vom Landihotal sehen.

Arbeiterbewegung.

Der Erweiterungsbau des Berliner Gewerkschaftshauses ist vollendet und wird jetzt von den Gewerkschaften bezogen. Einfach und solide, wie das alte Haus, ist auch der Neubau ausgeführt. Er ist nur zur Aufnahme von Büros bestimmt und bietet für diesen Zweck ebenfalls Raum, wie das alte Gebäude.

Durch den Erweiterungsbau ist das Gewerkschaftshaus so weit es sich um die Büroräume handelt, auf das doppelte seiner bisherigen Größe ausgedehnt worden und doch reicht das vergrößerte Haus nur eben aus, um den gegenwärtigen Anforderungen der Gewerkschaften zu genügen.

Aus den Gerichtssälen.

Ein Betrüger im Krankenhaus.

Der Handlungsgehilfe Georg Mosqua in Breslau ist öfters krank und benutzt den Aufenthalt im Krankenhaus dann zu raffinierten Betrügereien. Im Wenzel-Sanktischen Krankenhaus überredete er einmal zwei Kranke, ihm mit der Abhebung des Krankengeldes zu betrauen.

Neueste Nachrichten.

Das zweite Strafverfahren.

Berlin, 5. Mai. Nach einem Montagblatt ist gegen den Fürsten Eulenburg ein zweites Strafverfahren wegen Verletzung zum Meined im vollen Ganzen. In Starnberg sollen vier belastende eigenhändige Briefe des Fürsten beschlagnahmt worden sein.

Ein neuer Skandalprozess.

Berlin, 5. Mai. (S. T. B.) In der Schwurgerichtssitzung gegen den Oberförster Lewandowski wurde gestern der Ausschluss der Öffentlichkeit bis zum Schluss der Sitzung aufrecht erhalten. Eine Reihe von Fragen beiderlei Geschlechts lauten über allerlei pikante Vorkommnisse in der Wohnung der Frau und das eheliche Leben des Angeklagten und der Ehefrau aus.

Der Papst drückt sich.

Rom, 5. Mai. (S. T. B.) "Correspondenza Romana", das Organ der päpstlichen Kurie, veröffentlicht eine bedeutsame Note zur Polenfrage. Das Blatt vermahnt sich zunächst gegen die tendenziöse Ausdeutung der päpstlichen Ansprache an die Polen und schreibt: Die Tatsache des Ausspruchs, daß die Polen unglücklich seien, heißt noch lange nicht, ein politisches Urteil über die Polenfrage abgeben.

Die Frauen in England.

London, 5. Mai. (S. T. B.) Lord Churchill, der neue Gesundheitsminister, der nach seinem Durchfall in Manchester in Dundee kandidieren wird, wird dort durch Frauenrechtlerinnen heftig verfolgt, so daß es ihm unmöglich ist, in Wahlveranstaltungen das Wort zu ergreifen.

ginnen, sobald der Minister zu sprechen beginnt. Auch gestern war es ihm unmöglich, sich Gehör zu verschaffen.

120 Ertrunkene.

Petersburg, 5. Mai. (S. T. B.) Eine entsetzliche Katastrophe hat sich vorgeritten auf dem Elwa angetragen. Bei Noy-Pykon wollte eine Menge von 150 Bauern mit ihren Frauen und Kindern aus der Kirche kommend in einem kleinen Boot über den Fluß setzen.

Mord oder Selbstmord.

Wien, 5. Mai. (S. T. B.) Gestern Nachmittag ging das Gerücht, die Komtesse Feltz habe sich in den Donaukanal geworfen und sei ertrunken. Ferner wurde gemeldet, sie sei abgänglich, war aber gefahren worden. Der Graf wurde verhaftet. Er leugnete, wenn nicht sein eigenes Kassenbuch und ein Tagebuch der Komtesse beweisen seiner Schuld geliefert hätten, wäre er wieder freigelassen worden.

Frankfurt a. M., 5. Mai. (S. T. B.) Aus Mittelranken wird gemeldet: Bei Kleinloch-Burg-Berheim schlug das Automobil des Brauerereibesizers Alois Adler um. Der Buchhalter der Brauerei blieb tot, die Gattin des Brauerereibesizers erlitt einen Armbruch, Adler selbst wurde leichter verletzt. Das Automobil wurde vollständig zerstört.

Karlruhe, 5. Mai. (S. T. B.) Gestern Abend gingen hier schwere Gewitter nieder. Aus allen Teilen des Landes treffen Nachrichten über die großen Verheerungen ein, die der starke Gewitterregen angerichtet hat.

Budapest, 5. Mai. (S. T. B.) Im Beleidigungsprozess des früheren Ministers Bolony gegen den Redakteur und Abgeordneten Lengyel wurde letzterer vom Schwurgericht schuldig gesprochen und zu drei Monaten Gefängnis und 600 Kronen Geldstrafe verurteilt.

Wien, 5. Mai. (S. T. B.) Die Vorlesungen an der hiesigen tierärztlichen Hochschule sind infolge der gestrigen Vorkommnisse bis auf weiteres eingestellt worden.

Kemnitz, 5. Mai. (S. T. B.) Der Polizeikommandant Szaval wurde auf offener Straße von einem Expedienten durch zwei Revolvergeschosse getötet.

Kemnitz, 5. Mai. (S. T. B.) Wie aus Kalapane gemeldet wird, ist dort neuerdings heftiger Scherfall eingetreten. Alle Verbindungen sind unterbrochen.

Kronstadt, 5. Mai. (S. T. B.) Bei den hiesigen Kanalisationsarbeiten wurde infolge Ausströmung giftiger Gase fünf Arbeiter den Tod, zwei sind lebensgefährlich erkrankt.

Agram, 5. Mai. (S. T. B.) Gestern fand hier eine große Straßendemonstration statt, wobei von einer riesigen Volksmenge Ausschreitungen begangen wurden. Am Haupte des Sektionschefs Grafovac wurden die Fenster durch Steinwürfe zerstört. Polizei und Gendarmen gelang es nur mit großer Mühe, die Demonstranten auseinanderzutreiben. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Belgrad, 5. Mai. (S. T. B.) Die Folge der Wahl-agitation war vorgestern ein heftiger Zusammenstoß in Niska. Der frühere Deputierte Tschich hielt seine Programmrede, wobei sich mehrere Pöbler gegen ihn erklärten. Hierdurch entstand eine Schlägerei. Es fielen mehrere Schüsse, wodurch zwei Personen erlitten, 20 verwundet wurden.

Mailand, 5. Mai. (S. T. B.) Die Lage beim Landarbeiterstreik in Parma wird immer bedenklicher. Der Belagerungszustand über die ganze Provinz dürfte heute verhängt werden.

Paris, 5. Mai. (S. T. B.) Ueber 100 Studenten veranstalteten gestern in einem Variete auf dem Montmartre eine Demonstration gegen das Auftreten der schönen Lieson, der Geliebten des zur Zuchthausstrafe verurteilten Schiffsbauers Almo. Die Polizei schritt ein und verhaftete einige Studenten. Das Auftreten der Lieson wird verboten werden.

New-York, 5. Mai. (S. T. B.) Ueber den auf den Strand gelandeten Sealer "Peter Rickners" schlagen enorme Wellen. Die Mannschaft kletterte in das Tauwerk. Alle Bemühungen der Rettungsbrannschaft, an das Schiff heranzukommen, waren vergeblich. Es liegt zu entfernt für Raketenfeuer, seine Befahrung befindet sich in großer Gefahr.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr Mittags.

A. B., Bergstraße. 1. Das Buch ist im Parteisekretariat längt ausgestellt und zur Auslehnung an das Mitglied abgegeben worden. Wenden Sie sich an W. Reilich, Alfenstraße 40. 2. In Zukunft dürfte die Liste nur an einer Stelle ausgelegt werden; nur dann sind die von Ihnen bezeichneten Unannehmlichkeiten zu vermeiden. 3. Sie müssen die Klimentenlage beim Amtsgericht einreichen.

G. Morgartenstraße. Dresden hat 515.000 Einwohner, Breslau 485.000.

M. S. Ehebruch ist ein Scheidungsgrund. Ihr Mann muß für Sie und das Kind sorgen. Die Briefe dürfen Sie nicht zurückbehalten.

Freiburg. Reinhold Gerling, Berlin-Wilmersdorf, Hofstauffstraße 5, III.

G. S. in Peiffertwis. Mitteilungen über Vergnügen zu bringen wir grundsätzlich nicht.

7. Quittung.

Für den Landtags- und Stadtverordneten-Wahlfonds gingen ein:

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries like 'Beitrag quitiert', 'Gesammelt im Gewerkschaftshaus', 'Schramm', 'Gesammelt in der Buchdruckerei Schabty', etc.

Zusammen 1018,75 Mk.

Sammelkästen sind im Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, II., u. haben. Rob. Herrmann, Kassierer.

Secretariat für Banarbeitsersch.

Bureau: Adlerstraße 3. Telefon 8355.

Parteilosen!

Verzegt den Wahlfonds nicht!





zu stellen und jeden Änderungsantrag für unannehmbar zu erklären.

Reichsfinanzminister Sydow ruft durch die Erklärung das Vorgehen der Regierung zeuge vielmehr an "Mißbilligung auf den Reichstag, schallende Weisheit im Zentrum und bei den Sozialisten."

Hr. v. Beck-Heidelberg (Natl.) tadelt zwar ebenfalls das Vorgehen der Regierung, erklärt aber, durch die sachlichen Erwägungen der Regierung von der Unmöglichkeit, jetzt Verbesserungen vorzunehmen, überzeugt zu sein.

Die Abg. v. Rüdiger (Natl.) und Gieseler (Natl.) sprechen sich im Sinne des Vordrängers aus.

Hr. v. Wedderkölle (Natl.) bedauert, daß die Arbeiter und Handwerker in den Reichstagen keine Zulage bekommen.

Reichsfinanzminister Sydow: Die Löhne der Handwerker und Arbeiter sind zwar erhöht, nur werden sie aber nach Bedürfnis weiter erhöht.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. W. u. (Natl.) Bruhn (Natl.) und v. Camp (Natl.) wird die Vorlage nach der Resolution unverändert angenommen, worauf sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Der Tagesordnung, die u. a. die Dampferabvention, die Kolonialbahn, die Ostmarkenzulage und die Vastung des Tierhalters enthält, wird auf Antrag Gohs (Soz.) auch noch das Gesetz über § 63 des Handelsgesetzbuchs zugefügt. Schluß 7 Uhr.

### Eine Berliner Offizierstragödie vor Gericht.

Kaum hatte sich die tiefste Erregung der Öffentlichkeit über das Berliner Offiziersdrama gelegt, als die Berliner Kriminalpolizei Anfang dieses Jahres sich mit einer neuen Offizierstragödie beschäftigten mußte.

Ein junger Gardeoffizier, Leutnant v. Schmidt, vom 5. Garderegiment in Spandau, war von dem Privatoberförster Lewandowski, als dieser ihn in früher Morgenstunden in dem Schlafzimmer seiner Frau fand, durch einen Schuß in den Hinterkopf getötet worden. Das Eigentümchen an dieser Affäre war, daß sie sich bereits am 29. September vorigen Jahres zgetragen hatte, daß man aber glaubte, der Tod des jungen Offiziers sei infolge eines unglücklichen Zufalles geschehen. Schmidt selbst hatte nämlich in den wenigen Minuten, die er nach Empfang des Schusses vernunftfähig war, angegeben, die Pistole sei zufällig losgegangen, und erst eine anonyme Anzeige veranlaßte die Kriminalpolizei zu Nachforschungen, die in den ersten Tagen dieses Jahres zu der Verhaftung des Oberförsters Paul Lewandowski führten. Die angeforderten Ermittlungen ergaben, daß die Lewandowskys Eheleute, die im vornehmen Westen Berlins wohnten, ebensolche als absolut kein Vermögen besaßen, dennoch einen großen Aufwand trieben. Frau Lewandowski, eine geborene Barzin-Live von Porff, hielt sich eine Gesellschaftin namens Luise Subuln, von der die Anzeige ausgegangen war. Beide Frauen sollen sich das Leben überaus angenehm gemacht haben und sollen von Verehrern der vorläufigen Gegend häufig in der Gesellschaft von Kasabianen, mit denen sie lustige Schatzspiele veranstalteten, gesehen worden sein. Bevor die Lewandowskys ihren Eheleuten nach Berlin überredeten, wohnten sie auf einem großen, Herrn von Altinga gehörigen Gute bei Potsdam, wo Lewandowski als Oberförster tätig war. Das Gehalt war ziemlich niedrig und trotzdem mißte sich Frau Lewandowski in Berlin ein, während ihr Mann noch bei Herrn v. Altinga verblieb und im Herbst an einem Mandat teilnehmen mußte. Zu dieser Mandatszeit war Frau Lewandowski wieder verübergangend bei ihrem Mann auf dem Gute anwesend und lernte hier den Leutnant v. Schmidt kennen, der auf dem Gute einquartiert war. Sie verband es, den Leutnant an sich zu ziehen, so daß dieser nach der Rückkehr des Regiments in die Spandauer Garnison mehrfach in ihrem Hause verkehrte. Ende September hatte er sich einen dreitägigen Urlaub genommen, um ausschließlich in der Gesellschaft der Frau Lewandowski zu verweilen. Am 29. September früh 7 Uhr Morgens überredete Lewandowski seine Frau in Berlin mit ihrem Mann. Er wollte an die Schlafzimmertür, doch wurde ihm nicht geöffnet. Nach einiger Zeit kam Frau Lewandowski heraus und behauptete die Behauptung ihres Mannes, daß jemand bei ihr sei, auf das Leibhaftige. Der Oberförster aber sah an den Umständen, die sie ihm erzählte, daß der Leutnant die Tür des Schlafzimmers der Frau Lewandowski hatte öffnen wollen und daß er durch einen unglücklichen Zufall bei der Wunderversorgung, durch einen unglücklichen Zufall sei der Leutnant erschossen worden. Er ging ein Vierteljahr ins Land und es wäre wohl nichts erfolgt, wenn nicht Graflein Barzin eine Anzeige bei der

Polizei erstattet hätte. Lewandowski wurde verhaftet, konnte anfänglich jedoch hartnäckig die Tat. Als ihn nach dem Tode angeklagt wurde, das die Kugel in der Furchung gerissen habe, leugte er ein Geständnis ab. Er wisse aber nicht mehr, wie er dazu gekommen sei, den Schuß abzugeben. Kein mechanisch müsse er die Pistole gezogen haben. In der letzten Minute habe er nach der Entdeckung des Gebrauches entschieden, sei ihm der Schuß eine Erlösung gewesen. Wegen dieser Tat hat die Staatsanwaltschaft wegen Lewandowski Anklage auf Todestraf erhoben. Die Tat vor dem Schwurgericht des Landtags III zur Verhandlung gelangt. Gegen Frau Lewandowski können Klagen auf Verurteilung, Gefängnis und andere Verurteilungen, in die der inzwischen verhaftete Oberförster Paul Lewandowski verurteilt ist.

### Partei-Angelegenheiten.

Verfolgung der sozialistischen Presse. Zwei Presseprozeße beschäftigen die Staatsanwaltschaft in Halle. In dem einen Falle war Genosse Meißner verurteilt worden dem Schöffengericht wegen Verleumdung eines Pastors zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden; die Berufungsinstanz erniedrigte die Strafe auf einen Monat. Dann war der Verleger vom Volksblatt Genosse Groß schüler von der Strafkammer zu 60 Mk. verurteilt worden. Auf eingeleitete Revision bei dem Oberlandesgericht mußte er freigesprochen werden.

Die Rostocker Staatsanwaltschaft hat eine neue Anklage gegen die „Medlenburgerische Volkszeitung“ eingeleitet. Genosse Frank ist beschuldigt, kirchliche Einrichtungen beschimpft zu haben; die „Medlenburgerische Volkszeitung“ hatte ein Gedicht des „Hamburger Echo“ unter Quellenangabe nachgedruckt. In diesem Gedicht beschäftigt sich der Dichter mit den Leuten, die, obwohl sie sich Freigeister nennen, aus Rechthaberei oder forsigen Gründen ihre Kinder konfirmieren lassen. In diesem Gedicht soll die Strafkammer beargwöhnt worden sein.

### Arbeiterbewegung.

Der Friede im deutschen Baugewerbe perfekt! Mit dem gestrigen Montag kann der Friede im deutschen Baugewerbe als vollständig gesichert gelten. Der Hauptverband des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hatte seine Zustimmung bekanntlich sofort nach seiner Generalversammlung dem Kollegium der Unparteiischen mitgeteilt, während die Arbeitnehmerverbände erst ihre Vertrauensmännerverhandlungen abwarten wollten. Die Entscheidungen der vier dabei beteiligten Verbände konnten daher erst im Laufe des Montag Vormittags getroffen. Zuerst drachte der Christliche Bauhandwerker- und Bauarbeiter-Verband seine Zustimmung zu dem Schiedsspruch. Ihm folgten die beiden Hauptverbände, die Zentralverbände der Bauhilfsarbeiter und Zimmerer, die sich ebenfalls zustimmend äußerten und zuletzt um 11.08 Uhr Vormittag, nach dem festgesetzten Endtermin 11 Uhr — aber um 10.51 Vormittag aus Hamburg abgegangen — traf ein Telegramm des Hauptverbands des Zentralverbandes der Maurer, Böhmberg, ein, in welchem die Anerkennung des Schiedsspruches ebenfalls enthalten war. — Mit der Anerkennung des Schiedsspruches ist also der Friede im deutschen Baugewerbe bis zum Jahre 1910 gesichert. Diese Zeit werden die Arbeiter nicht ungenutzt vorübergehen lassen, um ihre Organisationen und Kassen zu stärken.

Der Kampf im englischen Schiffbauergewerbe ist nun unermüdlich geworden. Alle Versuche des Handelsministers Churchill, wie der Arbeitsminister im Parlament, die Arbeiter in den Werften an der Nord-Ärde zum Nachgeben zu bewegen, sind gescheitert. Ein Teil der Maschinenbauer, etwa 5000, befinden sich, wie bekannt, schon seit einiger Zeit im Auslande. Wird nun die Auswanderung nach den Beschüssen der Unternehmerorganisation durchgeföhrt, so werden circa 80,000 Arbeiter am Tage und Childs, sodann aber noch circa 50,000 in anderen Schiffbauzentren in Frage kommen. Das Stärkeverhältnis der an dem Kampf beteiligten Arbeiterorganisationen ist folgendes:

	Mitglieder:	Fonds:
Maschinenbauer	110,000	15,05 Mill. Mk.
Kesselschmiede	54,000	6,04 " "
Schiffbauarbeiter	20,000	2,90 " "
Dampfmaschinenbauer	12,000	1,70 " "
Maschinenarbeiter	5,320	0,22 " "
	201,320	26,96 Mill. Mk.

Diese Zahlen zeigen deutlich, welche ungeheure wirtschaftliche Schwierigkeiten dieser Kampf, und dauere er auch nur wenige Wochen, für die Werften im Gefolge haben muß.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Mai.

### Geschichtskalender.

- 1786 Ludwig Vöner (1766 Guts. in Frankfurt \*.
- 1796 Hr. Frh. v. Knigge, Schriftsteller („Umgang mit Menschen“) in Bremen †.
- 1839 Hr. v. Humboldt in Paris †.
- 1901 Dr. v. Venach, Maler, in München †.

\* Die Landtagswahlen in Schlesien. In Wahlkreise Brieg-Ohlau sind von den Konservativen die bisherigen Landtagsabgeordneten, Oberlehrer Professor Schaub und Amtsvorsteher Kache, als Kandidaten wieder aufgestellt worden. Von ihrer parlamentarischen Tätigkeit gestehen wir noch nie ein Wort gehört zu haben.

Im Wahlkreise Schweidnitz-Striegau hat die Nationalliberale Partei wegen den Zentrumskandidaten den Fabrikbesitzer Friedrich Mehlborn in Schweidnitz als ihren Kandidaten aufgestellt, in Hirschberg kandidiert für dieselbe der bisherige Abgeordnete Justizrat Seydel.

Zwischen den Provinzialen in den beiden neuen ober-schlesischen Industriewahlkreisen Rattowitz-Königsbrunn-Beuthen-Stadt und Rattowitz-Beuthen-Land gilt nunmehr das Kompromiß als gesichert. Demzufolge wird für den Wahlkreis als Kandidat der Freisinnigen Prof. Dr. Doormann, für den Wahlkreis der Nationalliberalen Dr. Wols aufgestellt werden. Von der Zentrumspartei wurde für den ober-schlesischen Städte-Wahlkreis in einer am Sonntag zu Königsbrunn abgehaltenen Beratung des Wahlkomitees Architekt Siemens aus Rattowitz als Kandidat aufgestellt.

Im Wahlkreise Ratibor hat das Kompromiß des Zentrums mit dem Votum angeblich bei einem Teil der deutschen Zentrumsmitglieder in der Stadt Mißstimmung erregt. Dem „Ober-schles. Anz.“ zufolge, wird ein Komitee dieser Zentrumsmitglieder mit einer Kundgebung an die Öffentlichkeit treten.

Einen offenerzigen Mann haben im Wahlkreise Gubrau-Steinau die Konservativen an Stelle des Justizrats Ballask, der eine Wiederwahl aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt hat, aufgestellt. Es ist der Landrat v. Köpfer-Brieg, der in einer Versammlung des konservativen Vereins, nach dem „Steinauer Kreis- und Stadtblatt“ wörtlich erklärte:

„Meine Freundschaft mit dem Freisinn wird nicht von langer Dauer sein, dagegen ist es nicht ausgeschlossen, mit dem Zentrum zusammen zu arbeiten.“

Der Mann sagt es also frei heraus: solange der Freisinn unseren reaktionären Zwecken dienbar ist, mag es hingehen, nachher aber ist es mit der Freundschaft aus. Und der Freisinn fühlt sich wohl in dieser Sakaienstellung!

\* Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Der Ausschuß II der Breslauer Stadtverordnetenversammlung hat sich am gestrigen Montag in mehrstündiger Sitzung und unter lebhafter Anteilnahme der zahlreichen Gäste mit dem neuen Ortsstatut für das Handelsgewerbe beschäftigt und nach Zurückweisung eines Antrages, die ganze Materie zu verschieben, sich auf folgendes kurze Ortsgesetz geeinigt:

Ortsstatut für die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Einziger Paragraph.

An den Sonn- und Festtagen ist im Handelsgewerbe die Beschäftigung von Geiseln, Kellern und Arbeitern (unbeschadet der Bestimmung in Satz 1 Abs. 2 § 105b R.-G.-O.) nur gestattet:

- a) von 7 bis 9 Uhr Vormittags und von 11 bis 1 Uhr Mittags in den Geschäften der Lebensmittel- und Tabakbranche in denen mit solchen Waren;
- b) von 11 bis 1 Uhr Mittags in allen Geschäften.

Es sind also megafallen die weitergehenden Anträge über vollständige Sonntagsruhe im Juni, Juli und August und im Bankgewerbe, ferner aber auch die Ausnahmen für jüdische Geschäfte. Eine Verbesserung ist durch die Einheitslichkeit und Abschaffung der halben Stunde bei der Festlegung

### Breslauer Schauspielhaus.

Gastspiel von Sotti Wreden im „Oberball“. Vor einem mächtig besetzten, aber sehr bräutlichen Hause debütierte am Montag Fräulein Sotti Wreden als Henri. Für das Publikum dieses unternehmungslustigen Marine-Ansprüchlers bringt der Welt alles Mögliche mit, auch Klingel das Organ gläubigst möglich genau, um auch nach dieser Richtung hin die Täuschung vollkommen erreichen zu lassen. Die Darstellung war eine recht sympathische, jedoch der Beifall, den Fräulein Wreden hatte, berechtigt war. Um ein volles Urteil über die Debutanten zu haben, bedarf es natürlich einer ordentlichen Rolle. Im ersten Akt war der Souffleur mehr als gut zu hören, später machte der „Kassenspieler“ seine „Einführungen“ in einer direkteren Weise. Die Vorstellung verlief vortrefflich in musikalischer Beziehung recht schön. Sehr kritisch war wieder Herr Bauer, der den Tang in zweiter Akt mit seiner Variations repetieren mußte. Herr Heide mann als Direktor hatte eine recht komische und doch nicht übertrieben agierende Figur auf die Szene.

### Aus aller Welt.

Das Drama auf dem Schloß Buddenberg. Freifrau v. Ruzleben, die auf Schloß Buddenberg ihren Gatten erschoss und sich selbst schwer ver wundete, ist in der Nacht zum Sonntag bei San Lorenz Bewußtsein gekommen. Die gerichtliche Untersuchung, die sofort auf Schloß Buddenberg angesetzt wurde, hat mit Bestimmtheit ergeben, daß Freifrau von Ruzleben den Plan, ihren Gatten zu erschießen, schon vor einiger Zeit gefaßt und in allen Einzelheiten genau durchdacht hatte. Die Baronin war eine sehr eifersüchtige Natur. Ihre Eifersucht mußte, als Freifrau v. Ruzleben ihr jähroß die Bitte, mitreisen zu dürfen, abhieß, sobald er — was eher geschah — auf mehrere Tage zu Freunden und Bekannten in der Umgegend verreise. Seine Gattin machte sich immer mehr mit dem qualvollen Gedanken bekannt, daß er eine Geliebte hegte und ihr die Treue nicht bewahre. In Wirklichkeit soll Freifrau v. Ruzleben, der nur in große Gesellschaft im Kreise seiner Kameraden und Jugendfreunde liebte, keine Maitresse gehabt haben. Aus dieser maßlosen Eifersucht erwuchs in der leidenschaftlichen, zu 25 Jahre alten Freifrau der Plan, ihren Gatten und sich selbst das Leben zu nehmen. Als sie am Freitag Abend wieder ihren Gatten von einem seiner Abhänger erwartete, schloß sie vorher alle Türen in dem Flügel, in dem die Wohnräume lagen, ab, nur die Tür zu ihrem Ankleidezimmer, durch das der Freifrau gehen mußte, um in sein Schlafzimmer zu gelangen, ließ sie offen. Dort erwartete sie ihren Gatten mit dem Gedanken, ihn vorher in der Hand. Als dieser gegen 1 Uhr Nachts heimkehrte, schloß sie ihn durch vier Schüsse in die Brust und den Kopf. Durch zwei Schüsse brachte sie sich selbst schwere Verwundungen bei, denen sie noch schmerzhaftig Stunden erliegen ist.

### Er mordung eines Bankdirektors in G. raffe (Frankreich).

Am Montag der Direktor der Filiale der Bank von Nizza, Frankreich, in seiner Wohnung ermordet aufgefunden worden. Die gewaltigen Einzelheiten der Ermordung lassen es als gewiß erscheinen, daß Raubmord von seiner Wirtin Marie Gille, einer 35-jährigen Frau, gescheit wurde und daß diese versucht habe, die Leiche zu zerstücken und zu verbrennen. Die Umstände, die zur Ermordung führten, sind folgender: Am Montag Morgen erschienen bei dem Polizeikommissar im Stadtviertel von Nizza einige junge Leute, die erzählten, daß die Leiche eines ihrer Freunde, die Wirtin Marie Gille, ihren Gatten tot im Zimmer aufgefunden habe. Als sich die Polizei ne. der Wohnung begab, öffnete die Gille selbst die Tür und führte die Beamten in das Zimmer, wo die Leiche noch und jähzählich verblutend auf dem Boden lag. Der Kopf war nur noch mit einem dünnen Hauchteil mit dem Rumpfe verbunden und war unter den rechten Arm geklemmt. Die Beine waren in den Armegeleisen auseinandergerissen. Der Körper wies 33 Wunden auf, die von einem breiten Messer herrührten. Aufhoden und Hände waren mit Blut bestrickt. In der Küche fand man ein halbverbranntes Stück Fleisch das die Wirtin Marie Gille zu verbrennen gesucht hatte. Gille behauptet, daß sie ihren Gatten tot aufgefunden habe und aus Angst, beschuldigt zu werden, daß sie ihren Gatten ermordet habe, versucht hätte, die Leiche selbst zu zerstücken. Später änderte sie ihre Aussage und erklärte, ihr Gatte habe sich selbst das Leben genommen und sie vorher arbeiten, ihn den Rest zu geben, wenn er nicht gleich tot sein sollte. Als die Gille nach dem Gefängnis abgeführt wurde, versuchte die Menge, sie zu lynchen. Nur mit Mühe gelang es den Polizeibeamten, die Verhaftete der Wut des Volkes zu entziehen.

Mordverbrechen und Selbstmord eines Soldaten. Ein Soldatenmord, dessen Motive noch nicht völlig aufgeklärt sind, hat sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag vor dem Strafgefängnis in Pöngsen abgepielt. Der dort zur Wache kommandierte Gefreite Albert Becker vom 3. Garde-Brigadier-Regiment hat sich dort mit seinem Dienstmädchen erschossen, nachdem er vorher auf den Unteroffizier, der die Wache machte, einen Schuß abgegeben hatte, der nur den Arm des Betroffenen durchlöcherzte. Die Ereignisse der Sonnabendnacht, die einen so tragischen Abschluß fanden, sind noch nicht völlig aufgeklärt. Die Freunde des Gefreiten sind aber der Meinung, daß Becker das Opfer der andauernden Drangsalierungen seines Unteroffiziers geworden ist. Er hatte schon wiederholt geäußert, daß er die Verbindung, die ihn von seinem Unteroffizier zu teil werde, nicht länger ertragen könne. Offiziell bringt die Untersuchung Licht in die Angelegenheit.

Zwischenbrotstahl im Expreß. Im Köln-Braßeler Expreß wurden aus dem Koffer des Chefs Colonel Sivertspat.

Armstrong, während dieses im Speisewagen diemerte, für 20,000 Francs Zwelien entwendet. Von dem Täter fehlt bis jetzt noch jede Spur.

Fleischvergiftung. An dem Genuß verdorbenen rohen Fleisches erkrankten am Sonnabend in der Blumenstraße in Leipzig-Schleußig fünf Personen. Vier von ihnen liegen schwer krank danieder. Ein Kind von 3/4 Jahren, das gebackenes Fleisch genossen hatte, bekam heftiges Erbrechen, erholte sich aber schnell wieder. Das Fleisch war von dem Fleischermeister Kurt in der Schnorrstraße gefaßt worden.

Todessturz aus einem Straßenbahnwagen. Montag Nacht wurde ein Straßenbahnwagen, der über die Marienbrücke in der Wiener Leopoldstadt fuhr, durch eine scharfe Biegung so heftig erschüttert, daß der 30-jährige Pötel, der auf der Waagentreppe stand, heruntergeschleudert wurde und sich durch den Sturz auf das Trottoir den Kopf ernstlich verletzte. Er war sofort tot.

25 Personen während eines Hotelbrandes getötet. Entsetzliche Folgen hatte ein Hotelbrand in Amerika, über den aus Fort Wayne berichtet wird: Das Hotel Bellevue, das größte Gasthaus der City, ist vollständig niedergebrannt. Fünfunds zwanzig Personen erlitten den Tod in den Flammen.

Eine unheilvolle Lawine. Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ging Sonntag bei Donauberg im Tirolet vom Schwabacher eine große Lawine nieder, die sich größtenteils im Zembach ablagerte. Dieser schwall mächtig an und brach mit Gewalt gegen Mayrhofen aus. Die Umgegend Mayrhofens wurde vollständig überflutet, mehrere Dörfer weggerissen. Der Schaden in Feldern und Wäldern ist bedeutend.

Keine Chronik. Die seit zwei Jahren bestehende Wach- und Schließgesellschaft in Rostock wurde polizeilich aufgelöst. Die Beamten erhielten Rationen von der Direktion nicht zurück; außerdem fehlen alle Einzahlungen zu einer Pensionskasse. Einer der beiden Direktoren ist plötzlich verstorben. Die Staatsanwaltschaft leitete ein Verfahren gegen die Direktoren ein. — In Altona bei Hamburg a. S. ist Sonntag Abend ein kleiner Knabe von dem Automobil eines Leipziger Firmeninhabers überfahren und schwer verletzt worden. Der Knabe wurde mit dem Automobil sofort nach Hamburg zu einem Arzte gebracht. Aber schon während der Fahrt ist das Kind seinen Verletzungen erlegen. Der Chauffeur stellte sich der Polizei. — In Moers haben Straßen-gänger Sonntag früh eine Frauensperson, die ein kleines Kind in einer Sandkasten verpackte, das Kind wurde wieder heraufgeholt und im Krankenhaus wieder belebt. Die Mutter konnte noch nicht ermittelt werden. — Das schwedische Segelschiff „Svanhild“ ist bei Rentebees auf der sogenannten Engländerbank gescheitert. Der Kapitän und acht Mann der Besatzung sind gerettet worden. — Aus Neapel wird berichtet: Sonntag Abend um 1/11 Uhr wurde in Neapel ein starker Erdbeben



der Schlussumde erzielt. Der § 41 der Gewerbeordnung schreibt vor, daß in den Stunden, in welchen Angestellte nicht beschäftigt werden dürfen, natürlich auch die Geschäfte ohne Angestellten geschlossen sein müssen und der oben zitierte § 105 besteht sich auf die ganz freien Sonntage, die in bisheriger Weise fortbestehen bleiben.

Mit Ausnahme der Lebensmittel- und Tabakhandlungen liegt in dem Ortsstatut nun ein anerkennenswerter Fortschritt, an dem die Handlungsgehilfen jedoch beachten sollen, daß er noch nicht alle Widerstände beseitigt hat. Eine Gegenagitation wird sehr schnell einsetzen!

In der Erkenntnis, daß weitergehende Anträge eine Mehrheit nicht finden dürften, werden sich die sozialdemokratischen Stadtverordneten darauf beschränken, unter a) zu beantragen von 8-9 Uhr statt 7-9 Uhr zu setzen und in einem § 2 die völlige Sonntagsruhe für die drei Sommermonate Juni, Juli und August zu fordern.

Erläuternd sei noch bemerkt, daß unter b) auch alle Fabrikgeschäfte und Kontore mitbetroffen werden sollen.

### Der Breslauer Freisinn im Wahlrechtskampf.

Montag Abend hielten die Freisinnigen im Saale der Börse eine öffentliche Versammlung ab. Der nicht allzu große Saal war noch lange nicht gefüllt und die Erschienenen waren durchaus nicht alles Freisinnige. Als Redner fungierte der Abgeordnete G o l d s c h m i d t aus der Fischbeck-Wiemer-Gruppe. Er erklärte denn auch „frei heraus“, daß der Freisinn das Reichstagswahlrecht in Preußen „erstrebt“. Die Sozialdemokratie sei ja mit ihren Forderungen den anderen Parteien immer um ein paar Meter voraus. Es komme ihr nur alles auf die sozialistische Wirkung an. Auch in der Wahlrechtsfrage über die Sozialdemokratie diese Taktik, indem sie das Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 20 Jahre fordere. Wenn es der Sozialdemokratie ernstlich um eine Wahlrechtsreform zu tun wäre, dann müßte sie auf der Linie liberaler Wahlmänner wählen. (Lachen.) Ihr Vorschlag zeigt nur, wie der Dieb stiehlt. Der Liberalismus in den 60er Jahren nicht Großzügiges getrieben? Das kam daher, weil die Arbeiter noch nicht zur Sozialdemokratie gegangen waren. (Erneutes Lachen.)

Nachdem der Redner etwa eine Stunde geredet hatte, ging man zur Diskussion über. Unsere Genossen haben in diesem Wahlkampf mit dem Freisinn nichts mehr zu reden, deshalb bleiben sie getrennt sitzen. Der erste Diskussionsredner, ein Herr Leopold S t e d n e r, beschwört sich, daß man die Abgeordneten-Kandidaten aufgestellt hat, ohne die freisinnigen Wähler danach zu fragen. Wir machen bei der Wahl sicher Mistake mit den drei Beamten. Es gibt doch auch andere Schichten im Volk als nur Beamten. Was soll uns denn überhaupt der Mann aus Reife, gibt es denn in Breslau niemanden mehr? Gegen einen Beamten hätte ich nichts, wenn daneben auch ein Kaufmann und ein Handwerker aufgestellt worden wären. Warum sind denn die Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl durchgefallen, doch bloß weil wir Revanche dafür genommen haben, daß sie vorher unsere Kandidaten zum Landtage hatten durchfallen lassen. Aber die wählende Bevölkerung hat ein Recht auf seine Vertretung. Der Sozialdemokratie müssen wir ein Mandat abtreten, dann werden wir auch nicht von ihr bekämpft werden. Aber so ist es immer, bei den Stadtverordnetenwahlen und überall. Hausbesitzer, Beamte und immer dieselben Herren sollen wir wählen. Ich spreche nicht für mich allein, sondern im Auftrag einer ganzen Gruppe, die mit der einschlägigen Taktik nicht zufrieden ist.

Dann sprach ein Lehrer, der an der Sozialdemokratie gesunde Ansichten kennen gelernt hat und ein Zusammengehen mit ihr wünscht.

Lehrer R a p u l e stellte sich in kurzen Worten als Kandidat vor. Wenn er auch Beamter sei, so würde er die Interessen der Bevölkerung doch immer noch besser vertreten können, als ein Großgrundbesitzer, ein Landrat oder ein katholischer Geistlicher. (Ra. dazu gehört auch wahrhaftig nicht viel!)

Die Ausführungen eines weiteren Redners stimmten prächtig zum „Erstreben“ des Reichstagswahlrechts, wie Goldschmidt es getollt. Dieser Herr vertrat die Ansicht, wenn sich auch das Reichstagswahlrecht in Preußen nicht verwirklichen lasse, so würde man doch „zu einem vernünftigen Ruralsystem“ kommen können und damit würde es einige Jahrzehnte gehen, bis später einmal das gleiche Wahlrecht zur Einführung kommen würde.

Goldschmidt, der wohl geglaubt hatte, daß ihm in der Diskussion Sozialdemokraten entgegenzutreten würden, trug noch eine Antisozialistische Wut im Wesen, und die mühte zum Schluß noch heraus, so wenig sie der Situation entsprach.

In der freisinnigen Presse Breslaus wird die Versammlung sehr nebenächlich behandelt — man sieht offenbar, daß man keinen „Staat“ damit machen kann.

### Die famose Plakatverordnung rechtsgültig.

Die Polizei-Verordnung vom 29. November 1890, welche für Breslau erlassen ist, bestimmt in ihrem § 1:

„Öffentliche Anzeigen an Häusern, Umzäunungen, öffentlichen Straßen oder Plätzen, oder sonstige an Stellen anzubringen, die jedermann zugänglich sind, ist verboten, mit Ausnahme des Anbringens an den von der Polizeibehörde auf öffentlichen Straßen und Plätzen genehmigten Einrichtungen.“

Der Breslauer Polizeipräsident gab nun im Hinblick auf diese Vorschrift der Breslauer Plakatschmied-Gesellschaft durch Verfügung auf, von ihren in den Straßen verkehrenden Geschäftswagen die daran angebrachten Reklameanzeigen, Konzert-Ankündigungen und dergleichen zu entfernen und in Zukunft die Anbringung von Anzeigen aller Art an den Wagen zu untersagen.

Die Plakatschmied-Gesellschaft legte Berufung ein. Ihr Vertreter unterbreitete dem Ober-Verwaltungsgericht ein Urteil des Straffenats des Kammergerichts, wodurch die Vorschrift einer Erfurter Polizeiverordnung, daß an den Wagen der elektrischen Straßenbahn das Anbringen von Plakaten ohne polizeiliche Erlaubnis nicht gestattet sei, für ungültig erklärt worden ist. Das Kammergericht ging davon aus, daß dieselbe Materie durch § 10 des preussischen Preßgesetzes, § 30 des Reichs-Preßgesetzes und § 43 der Gewerbeordnung geregelt sei, daß aber danach nur ein Anbringen oder Anheften in Frage komme, und eine Polizeiverordnung, die von einem Anbringen in unzulässiger Weise darüber hinausgehe. Demgemäß wurde auch vorliegend Ungültigkeit der Polizeiverordnung behauptet.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies die Berufung ab und bestätigte das Urteil des Bezirksauschusses mit folgender Begründung: Der § 10 des preussischen Preßgesetzes, § 30 des Reichs-Preßgesetzes und § 43 der Gewerbeordnung regeln die Frage nur nach der persönlichen Richtung hin. Sie bestimmen, welche Personen Plakate anheften dürfen und unter welchen Bedingungen. Jene Gesetzesvorschriften hinderten nicht, daß polizeiliche Vorschriften erlassen würden bezüglich der Orte, an denen Plakate angebracht werden dürften. Ob und inwieweit das von der Plakatschmied-Gesellschaft behauptete Urteil abweiche, lasse sich ohne nähere Kenntnis der fraglichen

Strafsache nicht beurteilen. Sollte es aber abweichen, so treten das Ober-Verwaltungsgericht dem Kammergericht eben nicht bei. Es erachte vielmehr die Verordnung des Polizeipräsidenten für rechtsgültig.

\* **Alles wird teurer!** Die hiesigen Schuhmacherinnungen haben „mit Rücksicht auf die Erhöhung der Stück- und Stundenlöhne für die Gesellen“ — so geben sie an — und die „Steigerung aller Rohmaterialien“ beschlossen, eine „mäßige“ Erhöhung der Preise für Schuhwaren eintreten zu lassen.

Werkwürdig, daß man von den erhöhten Löhnen der Arbeiter immer erst dann erfährt, wenn die Unternehmer ihre Erzeugnisse verteuern.

\* **Bestätigte Entbehrungslöhne.** Die am Montag stattgehabte General-Versammlung der Aktionäre der Waggonfabrik Gebr. Hofmann, L.-G., beschloß endgiltig, die Dividende diesmal auf 25 Prozent festzusetzen. Zugleich erklärte Direktor Blauel auf eine diesbezügliche Anfrage, daß auch in tausenden Jahre die Gesellschaft gut beschäftigt und zu hoffen sei, daß dasselbe wieder ein recht gutes werden dürfte. — Das werden sich die Arbeiter dieser Fabrik hoffentlich gut merken.

\* **Die Grobkraut-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine** hat dieser Tage den Bericht über ihr vierzehntes Geschäftsjahr erscheinen lassen, der ein erfreuliches Bild von dem gesunden Wachstum dieses „Konsumvereins der Konsumvereine“ gibt. Die Zahl der Mitglieder stieg von 448 im Jahre 1906 auf 499. Die Zahl der Vereine, mit denen die Grobkraut-Gesellschaft in Geschäftsverbindung steht, vermehrte sich von 1404 auf 1419. Der Warenumsatz erreichte die Höhe von 59.866.220,04 Mark gegen 46.503.237,03 Mark im Jahre 1906; das ist eine Steigerung um 13.362.983,02 Mark oder 28,7 Prozent. Vergleicht man die Entwicklung des Umsatzes im letzten Geschäftsjahr mit derjenigen der vorhergehenden Jahre, so ergibt sich die höchste Umsatzsteigerung seit dem Jahre 1902. In diesem Jahre vermehrte sich der Umsatz um 42,68 Prozent, im Jahre 1903 um 22,61 Prozent, im Jahre 1904 um 28 Prozent, im Jahre 1905 um 14 Prozent und im Jahre 1906 um 20 Prozent. Je höher der absolute Umsatz wird, desto bedeutender ist es natürlich, wenn die prozentuale Steigerung in so bedeutendem Maße vor sich geht, wie im letzten Jahre. Der Umsatzhöhe entspricht auch der Reingewinn des Instituts. Er betrug bei zahlreichen Abschreibungen 504.909,97 Mark gegen 281.070,09 Mark im Vorjahre. Vom Reingewinn sollten jedoch nur 109.405,10 Mark als Dividende an die angeschlossenen Vereine verteilt werden; der größte Teil des Reinertrages fließt in die verschiedenen Fonds und dient zur Stärkung der Kapitalkraft der Grobkraut-Gesellschaft. Das ist sicherlich auch die beste Verwendung des erzielten Geldes, denn die geplante Erweiterung der Eigenproduktion, sowie der ständig zunehmende Umsatz der Gesellschaft erfordern natürlich auch größere Vermitteln. Auf dieses Erfolge ist auch ein Antrag an die General-Versammlung zurückzuführen, der eine Erhöhung des Stammkapitals von einer Million auf anderthalb Millionen Mark vorschlägt. Der Generalversammlung wird außerdem die Schaffung eines Unterstützungsfonds empfohlen, aus dem notleidenden Genossenschaftlern in besonderen Fällen außerordentliche Unterstützungen gezahlt werden sollen. Der Plan der Errichtung einer Seifenfabrik, dessen Ausführung sich bisher unüberwindliche Hindernisse entgegenstellten, ist, wie wir dem Berichte entnehmen, nicht aufgegeben. Die Geschäftsleitung hofft vielmehr, den Plan in Kürze zur Ausführung zu bringen.

Die Grobkraut-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine stellt ein sehr umfangreiches, kaufmännisches Unternehmen dar, das in Hamburg ein großes Kontor im eigenen Gebäude, eine große Kaffeebrennerei und eigene Lagergebäude in Hamburg, Düsseldorf, Berlin, Chemnitz, Erfurt und Mannheim besitzt. In diesen verschiedenen Betrieben sind 281 Personen beschäftigt, die alle unter vorbildlich günstigen Arbeitsbedingungen und entsprechenden Gewerkschaften abgeschlossen. So erfüllt die Grobkraut-Gesellschaft auch ihre sozialen Pflichten, was für Herrn Stadtverordneten Mugdan von Interesse sein dürfte.

\* **Die Breslauer Handwerkskammer** teilt uns mit: Unsere sämtlichen Bureaus befinden sich vom 25. April d. J. im Hause der Innungsbaul (E. G. m. b. H.) Blumenstraße 8, 2. Etage, Postamt 2.

\* **Die Ausstellung für Wohnungswesen, Hauswirtschaft und Volksernährung** wird, wie uns mitgeteilt wird, bestimmt Donnerstag, den 7. Mai, Vormittags um 11 Uhr, eröffnet.

Die Ausstellung, deren Katalog nahezu 300 Nummern aufweist, will dem Besucher alles vor Augen führen, was mit dem Wohnungs- und Hauswirtschaftswesen, der Wohnungspflege in künstlerischer und hygienischer Beziehung, der Innenausstattung der heutigen Wohnung in Bezug auf Gesundheit, Bequemlichkeit und Schönheit sowie mit der gesunden und kräftigen Volksernährung im Zusammenhang steht. Ganz besonderer Wert legt diese Ausstellung auf die inneren Einrichtungen der Wohnräume.

Erfreulich ist es, daß sich eine große Anzahl von Stadtverwaltungen, Genossenschaften, Bau- u. v. v. Vereinen, sowie Architekten-Private entschlossen haben, sich durch Ausstellung des einschlagenden vorhandenen Materials zu beteiligen.

Vielfaches Interesse der Hausfrau dürfen die weiteren Ausstellungsobjekte, wie Wohnungseinrichtungen, Haushaltungs- und Küchenartikel, Inneneinrichtung, Teppiche usw. erregen, wie auch die neuesten Erzeugnisse der Technik, Industrie und des Handwerks zu sehen sein werden, soweit sie zur Einrichtung eines modernen Haushaltes gehören.

Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfg. inkl. der täglich stattfindenden Militär-Konzerte. Erwähnt sei noch, daß die Ausstellung von 10 Uhr früh bis 9 Uhr abends (Koncert bis 10 Uhr) geöffnet ist.

\* **Was der Mann vom Geschlechtsleben des Weibes wissen muß.** Der überaus starke Besuch der Geelingschen Vorträge im großen Konzerthaus bewies uns, wie recht wir mit der seiner Zeit beim Ellen Reichen Vortrag gemachten Behauptung hatten, daß Vorträge auffällenden Inhalts erst dann ihre ethische Bedeutung erfüllen, wenn sie durch ein populäreres Eintrittsgeld den weitesten Kreisen zugänglich gemacht werden. In seinen Ausführungen erörterte der Redner, daß der größte Fehler bei der Erziehung der Jugend seine Unwissenheit in sexuellen Fragen sei, die sie dadurch in die Hände der Prostitution treibe. Der junge Mann müsse aufgeklärt werden, daß das Weib eine gleichwertige, nicht gleichartige Genossin seines Lebens sei. Der Vater möge daher alle seine Kinder, Knaben und Mädchen, fürs praktische Leben erziehen. Eine Unterlassungssünde, die jedoch mit überwiegender Mehrheit in den höheren Schichten begangen werde, sei die Erziehung des Mädchens zur „Repräsentation“; der Arbeiter und Kleinbürger den die soziale Stellung des Lebens dazu zwingt, beide Geschlechter so zu erziehen, daß sie möglichst früh an den schwereren Lebenskampf herantreten können, würde dadurch zum Segen seiner Kinder. Für die Ehe forderte der Redner für die Frau ein Mindestalter von 20 Jahren, für den Mann ein solches von ungefähr 25. Vor dieser Zeit solle kein Paar eine Ehe eingehen, wobei beide Teile schon im Interesse der kommenden Generation vollständig körperlich gesund sein müßten. Die Ausübung des Geschlechtsverkehrs sei der höchste, weisevollste Moment im Leben der Ehe, da in diesem Augenblicke der Mensch ein Schöpfer sei. Für die schwangere Mutter empfehle er die größte Schonung, und gerade in dieser Zeit sei eine überanstrengende Tätigkeit von den schädlichsten Folgen für Mutter und Kind. Das Weib habe eine viel längere Blütezeit

als der Mann, doch kurz vor Erlöschen derselben könne sie noch einmal auf und werke die Frau in eine Geschlechtskränkung, die vom Manne mitbeurteilt und oft brutal mißbraucht werde. Hier gelte wie bei den übrigen Punkten dieses Kapitels der Satz: Alles verstehen, heißt alles verstehen.

In krasser Weise beleuchtete Herr Geelings die Stellung der jugendlichen Geschlechtskranken, und eine Entschämtheit sei durchaus nicht unmöglich. Allerdings müsse die Lebensweise vereinfacht werden und dem Alkohol, der ein harter Stimulans-erregend sei, weniger zugesprochen werden. Doch brauche keiner der Geschlechtskranken zu verzweifeln; sie sollen sich nur der Mühe unterziehen und sich richtig auskurieren lassen. Dann werde eine vernünftige Lebensweise die Schäden ihrer Jugend wieder gut machen. Die Ausführungen des Redners, der sich in teils humoristischen, teils hochpoetischen Redewendungen ausging, beschloffen zahlreiche Lichtbilder, die das Vorgetragene in überzeugender Weise illustrierten.

\* **Neue Signale bei der Städtischen Straßenbahn.** Die Verwaltung der Städtischen Straßenbahn hat, wie sie bekannt gibt, am 1. Mai zu Beginn des Sommerhalbjahres an der Haltestelle „Höfen, Ecke Gartenstraße“ (Fahrtrichtung nach Rosend.) eine Vorrichtung anbringen lassen, durch welche nicht nur der Betriebsführer jeder die Haltestelle passierenden Linie, sondern auch in unregelmäßigen Abständen verkehrende Späts- bzw. Nachzügige, eventuell auch nach geschäftlichem Betriebs- schluß verkehrende Sonderzüge angezeigt werden. Die mehrfachen — auch in der Presse — geäußerten Wünsche des Publikums, an den Haltestellen zu späterer Stunde noch zu erfahren, ob der letzte tagesgeplante Zug noch zu erwarten sei, führten dahin, daß den Verwaltungen von Erdbeer- eine Anzahl teilweise unausführbare automatische Signalanlagen angeordnet wurden, welche aber durchweg für den Betrieb der städtischen Straßenbahn nicht verwendbar waren, weil einerseits mehrere Linien dieselbe Strecke durchlaufen, andererseits nach dem letzten Wagen der regelmäßigen Zuglinie Spätszüge, Nachzügige, gegebenenfalls auch Sonderzüge in größeren Abständen verkehren. Der an der Gartenstraße angebrachte Anzeigelauf ist für drei Linien bestimmt und zeigt aufsteigend die Aufschriften „Linie 1 Ostmit“, „Linie 2 Oberer“, „Linie 3 Ostmit“, rechtsseitig steht auf je einer hierkantigen dreieckigen Trommel während des Tagesverkehrs auf jeder Unterseite der Vermerk „Nach Fahrplan“. Die Spätszüge (auf Linie 1 nach Ostmit nur Sonntag, Montag und Donnerstag) sind auf den nächsten Feldern mit schwarzer Schrift, die Nachzügige (für welche 2 Pfg. Fahrpreis erhoben wird) mit roter Schrift bezeichnet. Das dritte dreieckige Feld lautet: „Sonderzug“ und wird nur dann ausgefüllt, wenn Sonderzüge nach geschäftlichem Betriebsende verkehren und nicht als „bestellte Züge“ gelten. Das vierte auszufüllende Feld zeigt endlich mit welchem Buchstaben auf rotem Grund den „Schluß“ an. Das Einsteigen dieser Anzeigelauf erfolgt durch die Schaffner und ist es natürlich nicht ausgeschlossen, daß durch ein Versehen oder Nachlässigkeit einmal eine Einstellung unterbleibt, jedoch kommt bei automatischen Einrichtungen auch ein Versagen vor und hat ein ähnlicher solcher Fehler, welcher sehr nahezu einem Jahre an der Haltestelle Höfen, Ecke Gartenstraße im Betriebe ist. Die Verantwortlichkeit des Schaffners bezieht sich. In nächster Zeit sollen auch noch gleichartige Anlagen an der Gartenstraße für die Fahrtrichtung nach Höfen und für beide Fahrtrichtungen am Königplatz, an der Viktoriastraße und am Kaiser Wilhelm-Platz angebracht werden.

\* **Ueber die Tätigkeit des Verschönerungs-Vereins** entnehmen wir einem Bericht über seine Hauptversammlung folgendes: „Eine erfreuliche Tatsache bilde das Zusammenwirken mit der Gemeinde Prietern bei Schaffung einer Promenade südlich des Damms der Umgehungsbahn an diesem Ort. Die Aufgabe werde in Zukunft eine der bedeutendsten des Vereins sein. Hierzu stellte Kammersekretär Neumann im Namen einiger Kommunal- und anderer Vereine den Antrag, daß von der Herba in der Höhe ein besserer Zugang zu den Vereinigen an der Umgehungsbahn geschaffen werde. Dieser Antrag wurde als berechtigt anerkannt und die Weiterverfolgung der Angelegenheit der Sektion Eiben überwiesen. Gleichzeitig wurden dafür vorläufig 300 Mk. in den Etat eingestellt. Im weiteren wurde der Sektion Eiben für die Verpflanzung der ehemaligen Schollischen Wiese am Eibenmorgenwege in Prietern mit 120 Mk. angebilligt, wozu der alte Firmenname dieser Wiese „Elenbüchel“ wieder zur Geltung kommt. Für die Verpflanzung des Rinderkobtes wurden 100 Mk. bewilligt und für die Verpflanzung des Damms, der von der Jahrbundertänze an der Schweidnitzer Chaussee nach dem Prieterner Eibenbuhndurch führt, 100 Mk. Ein nachträglicher Antrag, 400 Mk. für die Verschönerung des Weges von der Niemannshöhe nach dem Dorfe Dittschin wurde abgelehnt. Die Sektion Osten beabsichtigt von der am Oberende beim Oberbüchsen gelegenen Anlagen einen 50 Meter breiten Eibenwaldstreifen nach der Grünfelder Straße herzustellen, um die Brauereigebäude und anderes zu decken. Die Kosten sind auf 5600 Mk. veranschlagt, und dazu werden aus dem diesjährigen Etat 3000 Mk. zur Verfügung gestellt. Andere Anträge wurden als in das Gebiet der Promadenverwaltung gehörend vom Sektionsvorsitzenden zurückgewiesen. Der Sektion Westen wurden 820 Mk. zur Herstellung eines Weges von Weidenhof über Kasten nach der Häfel bewilligt.“

\* **Das gefährliche Flugblatt.** Am Sonntag vor acht Tagen verbreiteten unsere Genossen in der Stadt das erste Flugblatt für die bevorstehende Landtagswahl. Fast überall wurden die Flugblätter von den Empfängern gut aufgenommen, abgesehen von einigen besonders bodenheiligen Leuten, denen jedes gegnerische Flugblatt schon ein Gräueln über den Körper vermachte. In den letzteren geriet auch der Gastwirt Schmidt, Sedwigstraße 39. Von diesem wurde dem Verbreiter bedeutet, daß er mit dem Flugblatt einen anderen, hier nicht weitergehenden Zweck erfüllen soll. Da hiernach anzunehmen ist, daß Herr Schmidt auch sonst mit Bekleidern, die sich mit dem Inhalt des Flugblattes identifizieren, nichts zu tun haben will, so seien unsere Genossen darauf aufmerksam gemacht.

\* **Das neue Musikprogramm in Siebischs-Stabiliment** sichtet ungeachtet des Umstandes, daß die Virtuosen sich ihrem Ende naht, eine Fülle der besten Attraktionen. Da ist zunächst Marguerite Miller, eine Klabophon-Virtuosin, die das Durchschneidmesser der Klabophon-Virtuosin um ein Bedeutendes übertrifft. Von den drei Nummern, die wir von der eleganten Künstlerin zu hören bekamen, war es besonders das Konzert mit seinen gefälligen Variationen, das sich besonders für das Klavierinstrument eignete. Dann folgte Vona Seggi, die Alt-Modellistin. Mit hitziger Geschwindigkeit modellierte sie die feinsten Typen. Achtung vor dieser Geschicklichkeit! Das Trio Wulfenia erfreute durch drei Damentänze. Die drei Damen verfügen über gutes Stimmmaterial, das in allen Lagen gut anspricht. Der Schlager des Musikprogramms ist der Eihowitzler J. Garcia, ein Meister in seiner Art. Er wird nicht allein treffliche Schattenspiele von Terzen und Quartetten an die weiße Wand, er bringt es fertig, ohne Zuhilfenahme weiterer Requisiten, nur mit seinem Körper, eine ganze Pantomime vor unseren Augen sich abspielen zu lassen, in der zwei Abende, ein betrogenen Liebhaber und ein Hund die Hauptrollen spielen. Francisco Riboli mag in seinem Fach als Tänzer überströmen sein, er ist aber immerhin original und findet viel Beifall. Unter den Seiltänzern ist Paolo Belard eine ganz besondere Spezialität. Sein Auftakt am Flugblei dürfte unübertraffen sein. Als Violinvirtuose stellt sich der Ungar (oder ist es ein Russe?) Rudolf Kaffa vor, einer von jenen Seltsamkeiten, von denen man behaupten darf, daß sie das Verleiten dem Konzertsaal entzieht. Der junge Künstler spielte das bewagte Geige mit Gubey und das bekannte schmerzliche Madrigal von Simoncini, zwei Kompositionen, die nicht ohne technische Schwierigkeiten sind, die von Rudolf Kaffa mit Eleganz überunden wurden. Die Lüne waren in den höchsten Lagen, bei allen Körperbewegungen und bei den letzten Pianissimo vom erfreulichen Reiz. Das war gute Musik, die wir hier vor uns gefestigen, die auch reichen, wohlbedienten Besuchern für ein Konzert, ein moderner Manipulator, zeigte eine ganze Anzahl neuer verblüffender Zauberstücke. Die

